

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Ort, M. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: für die erste Seite 40 Pf., zweite Seite 30 Pf., dritte Seite 20 Pf., vierte Seite 15 Pf., fünfte Seite 10 Pf., sechste Seite 5 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Mittwoch 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 175.

Breslau, Dienstag, den 30. Juli 1912.

23. Jahrgang.

## Der Kampf der russischen Arbeiter.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Man hat sich im Auslande nachgerade daran gewöhnt, die furchtbaren Leiden und Entbehrungen, die die russischen Arbeiter in ihrem Emanzipationskampfe zu erdulden haben, als eine „alltägliche Erscheinung“ hinzunehmen. Das mag ja auch psychologisch erklärbar sein: seit 5 Jahren berichten wir bloß über unsere Leiden — über die Zerstörung unserer Partei- und Gewerkschaftsorganisation, über den Terror der Regierungshandlenden über die Leiden der Verbannten und der politischen Gefangenen. Nur in der letzten Zeit sind aus diesem düsterenilde Lichtkecken aufgetaucht: die Proteste gegen die Verurteilung der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, der spontane Massenstreik in vielen Städten aus Anlaß der Lena-Morgel, endlich die über Erwarten gelungene Meißelung dieses Jahres. Seit dieser Zeit sehen wir in einer ununterbrochenen wirtschaftlichen Streikbewegung, die von den Hauptstädten ausgehend sich über das ganze Reich ausgebreitet hat und mit wechselndem Erfolg geführt wird. Dieses Erwachen der Arbeiter hat die Repressionen seitens der Unternehmer und der Regierung ungeheuer verschärft. Dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter, der in ruhigen und selbst nach russischen Begriffen „geschnitzten“ Maßnahmen verläuft, setzen die herrschenden Verwaltungen fortwährende Verhaftungen, Ausweisungen, Deportationen zahlreicher Arbeiter entgegen. Dieser Kampf, über den sich die liberale Presse fast völlig ausschweigt, verläuft zwar unbekannt, geräuschloser als das Massaker in den Lenagoldbergwerken. Er fordert aber nicht weniger Opfer als dieses und verdient die aufmerksamste Beachtung unserer westeuropäischen Genossen.

Eine Gruppe Petersburger Arbeiter hat diese Frage in einem Kollektivschreiben erörtert, das in dem marxistischen Wochenblatt „Newski Golos“ erschienen ist. Zur Charakteristik unserer Verhältnisse sei hinzugefügt, daß der Redakteur des genannten Blattes wegen der Veröffentlichung und Besprechung dieses Schreibens auf administrativem Wege zu zwei Geldstrafen von je 500 Rubel oder zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Das erwähnte Schreiben lautet:

„Es werden gegenwärtig Alte und Junge, Gesunde und Kranke, Beteiligte und Unbeteiligte verhaftet und ausgewiesen. Es gibt hier kein Arbeiterviertel, wo nicht Hunderte von Arbeitern in den letzten zwei Monaten in Mitleidenhaft gezogen worden sind. Wir durchschritten einige Arbeiterviertel hinter der Moskauer Mauer, hinter dem Marwalor, im Galkereisiedlichen und fanden überall entsetzliche Zustände: die Kinder sind ohne Aufsicht, ohne Brot, da die Mütter verhaftet und die Mütter auf Arbeit sind; Frauen mit Säuglingen an der Brust sitzen, ihres Ernährers beraubt, in völliger Verzweiflung; wir sahen siebzehnjährige, am ganzen Körper gelähmte Frauen, deren Männer verhaftet sind.

Die polizeilichen Hausdurchsuchungen finden in der Regel in der ganzen Häuserreihe statt. Ungeachtet ihrer Ergebnislosigkeit werden die Arbeiter in ganzen Gruppen nach dem Polizeirevier geschafft. Ob irgendwelche Indizien vorhanden sind oder nicht, ist bedeutungslos. Es genügt, wenn drei oder vier Arbeiter von einer Fabrik zusammenkommen, um über ihre persönlichen oder Verhältnisse Angelegenheiten zu sprechen, damit die Polizei erscheint, alle ohne Unterschied ins Gefängnis schleppt und sie der Zugehörigkeit zu einem Geheimbund anklagt. Und das Ergebnis ist monatelange Verhaftung und darnach die Ausweisung aus der Residenz.

In den Arbeitervierteln wimmelt es von Spitzeln, Polizisten, Hausaufsehern. Bei der Verhaftung wird man schlimmer behandelt, als im Kriege bei der Gefangennahme durch den Feind. Hunderte von Arbeitern sind ausgewiesen, und die Ausweisungen nehmen kein Ende.

Ein Dieb, ein Branntweinschmuggler, auch wenn er mehrfach abgefakt worden ist, ist hundertmal mehr vor der Ausweisung aus Petersburg geschützt, als ein rechthaffener, ehrlicher Arbeiter, der seine Interessen verteidigt und jahrelang in Petersburg gelebt und gearbeitet hat.

Wir weisen hier auf einen brennenden Uebelstand des Arbeiterlebens hin, der bedauerlicher Weise nicht genügend beachtet wird. Die liberale Presse schweigt, denn unsere Qualen und Leiden lassen sie kalt. Unsere Arbeiterpresse jedoch begnügt sich mit kurzen Notizen in der Tageschronik.

Wir erwähnten bereits, wie teuer die kurze Förderung dieser Angelegenheit unserer Arbeiterpresse zu stehen gekommen ist. Die Arbeiter werden daraus die nötigen Lehren ziehen und den Terror der herrschenden Gewalten mit der Erweiterung und Festigung ihrer Kampfspositionen beantworten.

## Politische Uebersicht.

### Sozialdemokratische Wahlerfolge.

Bei einer Gemeinderatswahl in Jena errangen unsere Genossen den fünften von insgesamt dreißig Sitzen im Gemeinderat. Dieser besteht nimmehr zu gleichen

Teilen aus Sozialisten und Bürgerlichen. Für den vakanten Oberbürgermeisterposten sind trotzdem 62 Bewerbungen eingegangen. Es ist eine allgemein zu beobachtende Erscheinung, daß sich die tüchtigen Kommunalbeamten vor einem Zusammenwirken mit starken sozialdemokratischen Fraktionen durchaus nicht fürchten und auch in Städten mit sozialdemokratischer Mehrheit sind die Bewerbungen für freiverbende Posten sehr zahlreich. Das ist ein Beweis dafür, daß die Sachverständigen im kommunalen Leben den Sozialdemokraten sehr viel nützliche positive Arbeit zutrauen.

### Auf die politische Maßregelung

eines Medizinalpraktikanten an der Landesversicherungsanstalt in Breslau kommt die „Frankf. Ztg.“ noch einmal ausführlich zurück. Sie schreibt:

Der dieser Tage mitgeteilte und kritisierte Fall des Medizinalpraktikanten Hagelberg in Breslau ist deshalb, wie wir gleich bemerken, von prinzipieller Bedeutung, weil diese Maßregelung den Weg zur medizinischen Karriere einschneidet. Mit dieser die Präzisionsordnung vom 28. Mai 1901 das praktische Jahr für ein Mediziner einsetzt, da nur die Natur ist, die ein Mediziner sein kann, ist die Ausbildung der jungen Ärzte, nicht aber eine Behinderung für sie, ihren Beruf zu ergreifen. Nach dieser Präzisionsordnung soll der Kandidat nach vollständigem behandelnder ärztlicher Prüfung sich ein Jahr lang an einer Universitätsklinik, Universitätsklinik oder einem dazu besonders ermächtigen Krankenhaus unter Leitung und Aufsicht des Direktors oder ärztlichen Leiters als Praktikant beschäftigen und während dieser Zeit keine praktische Tätigkeit verrichten und fortbilden und ausreichendes Verständnis für die Aufgaben und Pflichten des ärztlichen Berufs gewinnen. Es handelt sich also bei diesem praktischen Jahre nur um die ärztliche Seite, und der Sinn dieser Präzisionsordnung müßte der sein, daß diesen jungen Ärzten, die im ganzen Jahr lang ihre ärztliche Kunst umsonst zur Verfügung zu stellen haben, die Möglichkeit des praktischen Jahres überall da ermöglicht werden muß, wo es für sie am bequemsten ist, und daß eine Zurückweisung höchstens da statthaft sein darf, wo schon ein Ueberangebot besteht. Leider ist aber schon im Hinblick auf den Uebertritt in die Praxis der Praktikanten in diesem Jahre nicht genügend worden, als man die Anforderungen an den Praktikanten annehmen mußte — funktionelle Untersuchungen anmachen haben. In Breslau ist aber das Moment hinzugekommen, daß auch politische Untersuchungen gemacht werden. Der Medizinalpraktikant Hagelberg ist vom Antrag auf die Landesversicherungsanstalt lediglich auf die Denunziation hin entlassen worden, daß er sich in sozialdemokratischem Sinne geäußert habe. Ob diese Denunziation eines Krankenhausarztes richtig war oder nicht, eine objektive Prüfung hat der Untersuchungsausschuß nicht für erforderlich gehalten — ist für die grundsätzliche Beurteilung unbedeutend. Nur die Wichtigkeit eines Medizinalpraktikanten an einer Versicherungsanstalt ist keine Rolle spielen, wenn seine politische Gesinnung er hat und vertritt, nur seine ärztliche Tätigkeit darf in Frage kommen, und ihnen darum nur die Entlassung des Medizinalpraktikanten, wie auch das Amtsentheben anzurufen hat, unbedeutend. Es hat sich allerdings ein Breslauer Rechtsanwaltschaft gefunden, der das Vorhaben gegen den Praktikanten zu unterstützen versucht hat; er dürfte aber nicht allein dastehen. Dem anderen Arzt als Zahnarzt ist ein Verdacht mit dem sozialdemokratischen Verdacht nicht möglich, so wird geltend gemacht. Behandelte diese Ärzte vielleicht auch keine sozialdemokratischen Kranken, nicht einmal in der Privatpraxis? Es gibt für die Ärzte und die Praktikanten in den Institutionen keinen anderen Rat als den der ärztlichen Pflicht, und daß diese im vorliegenden Falle von Herrn Hagelberg beachtet werden sei, hat nicht einmal der Richter selbst behauptet, er würde sich sonst auch in Widerspruch mit dem Gutachten des Chefarztes gesetzt haben.

Es muß aber prinzipiell dem Verlaufe entgegenzutreten werden, politische Gesinnung auf die Wichtigkeit der Medizinalpraktikanten anzuwenden; denn sonst könnte es bei einer Verallgemeinerung dahin führen, daß den jungen Ärzten auf diesem Wege faktisch ihre politische Gesinnung wegen der Praxis außerordentlich erschwert und unter Umständen ganz verlernt würde. Das würde mit der politischen Entwicklung eines freien Berufes gleichbedeutend sein. Derartige Behauptungen müssen schon in ihren Anfängen auf das Nachdrücklichste zurückgewiesen werden.

Unser Landesversicherungsvorstand aber ist — das hat die „Frankf. Ztg.“ aus dem Auge gelassen — von junckerlichem Geiste erfüllt und der fragt nicht nach diesen Gründen des Rechts und der praktischen Wirkung. Er handelt nach dem Gesetz der politischen Macht!

### Die Angst vor der Arbeitslosenversicherung.

Nach gewissen Andeutungen, die der Minister Bodmann vor kurzem im badischen Parlament gemacht hat, wird die rechtsstehende Presse die Sorge nicht los, daß am Ende doch eine Reichsarbeitslosenversicherung kommen könne. Jetzt machen sich „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Tägliche Rundschau“ usw. wieder den Artikel einer Korrespondenz zu eigen, in dem die Reichsregierung an eine Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück erinnert wird, daß nach seiner Ansicht die Arbeitslosenversicherung, wenn sie überhaupt in Angriff genommen werden sollte, jetzt und bis auf weiteres nur durch die Kommunen in Angriff genommen werden könne. In dieser Uebersetzung sei er bisher noch nicht ihre geworden. Die Frage so eng zusammen mit einer Reihe von Aufgaben der Kommunen, sie sei auch so abhängig von den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen innerhalb der einzelnen Gemeinden, daß eine andere Lösung als auf kommunaler Grundlage vorläufig nicht zu denken sei.

Nun ist wirklich nicht anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen zu einer anderen Ansicht über den Gegenstand gekommen sind. Soviel sozialpolitisches Verständnis und soviel Mut ist den Vehmännern nicht zuzutrauen. Immerhin aber bestände ja die Möglichkeit, daß man daran dächte, durch ein Reichsgesetz die Kommunen zur Einführung der Arbeitslosenversicherung zu zwingen und auch dagegen sträuben sich die Konservativen, denn die bürgerlichen Vertreter in den Kommunen müssen sich doch damit ausreden können, daß die Arbeitslosenversicherung Sache der Reichs ist.

### Landes-Kulturarbeit in Preußen.

In den gewaltigen Flächen, die die Hochmoore im Osten und Westen Deutschlands einnehmen, liegt noch viel Land brach, das der Kultur erschlossen werden kann. Preußen ist nun in erhöhtem Maße dabei, diese Hochmoore auszunutzen und zu besiedeln. Welch ungeheurer Kulturwert in den Mooren steckt, zeigt u. a. auch die Ausnutzung der in der Provinz Hannover liegenden ostpreussischen Moore durch eine Ueberlandzentrale, durch die viele Städte und Orte Ostpreußens mit Elektrizität zu Kraft- und Lichtzwecken versorgt werden.

In diesem Monat tritt nun die erste „Moorstelle“ für die Provinz Hannover ins Leben. Aufgabe der Moorstelle ist es, zunächst alle in der Provinz bei der praktischen Förderung der Moorkultur gemachten Erfahrungen zu sammeln und die gesammelten für die einzelnen Unternehmungen durch Anregung, Belehrung usw. zu verwerten. Es fällt ihr ferner die Aufgabe zu, das Hauptnetz für die Vorflut und die Bewegungen der Deichlandsgebiete zu entwerfen und dafür zu sorgen, daß sich die Einzelprojekte in dieses Netz sachgemäß einfügen.

Die Moorstelle ist dem Oberpräsidenten in Hannover angegliedert; bei ihren Arbeiten hat sie ständig mit dem Landesdirektorium Fühlung zu halten. Für wichtige Fälle ist ihr die Ermächtigung erteilt, sich unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten zu einem Ausschuss zu erweitern, dem außer ihren Mitgliedern das Landesdirektorium, das zugleich die Landwirtschaftskammer vertreten wird, angehört. In bestimmten Fällen wird der Moorkommissar hinzugezogen, der, nach aus dem Regierungspräsidenten der Provinz, dem General-Kommissionspräsidenten, je drei Vertretern der Provinz und der Landwirtschaftskammern und einer Anzahl Moorkulturverständigen zusammensetzt; die letzteren werden von Landwirtschaftsminister ernannt.

Als Mitglieder der Moorstelle sind vom preussischen Landwirtschaftsminister berufen worden: Regierungsrat Seeborn, Regierungs- und Rat Schwelgel und Dekonomikommissar Köhr.

Der Moorstelle steht für die Durchführung ihrer Arbeiter für das laufende Jahr ein Betrag von 400.000 Mark zur Verfügung, den je zur Hälfte der Staat und der Provinzialverband bereitgestellt hat.

Auch für die Provinz Schleswig-Holstein soll eine solche Moorstelle geschaffen werden. Die Verhandlungen hierüber schweben schon seit längerer Zeit.

### Note, schwarze, blaue und gelbe Gewerkschaften 1907—1911.

Wo organisiert sich die Mehrzahl der Arbeiter? Das bleibt die wichtigste Frage, die sich die Proletarier vorzulegen und zu beantworten haben. Wir stellen die Mitgliederentwicklung der der Generalkommission angeschlossenen freien Gewerkschaften, der im Zentralverband vereinigten christlichen Gewerkschaften, der im Generalkrat zusammengeschlossenen Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und die im gelben Bund der deutschen Werkvereine für die Jahre 1907 bis 1911 einander gegenüber.

Am Ende des Jahres hatten Mitglieder:

Gewerkschaften	1907	1908	1909	1910	1911
freie	1 873 146	1 797 963	1 892 568	2 128 021	2 400 018
schwarze	284 649	260 767	280 061	316 115	350 574
blaue	108 899	105 558	108 028	122 571	107 743
gelbe	—	—	—	51 405	85 000

Die freien Gewerkschaften wuchsen seit der letzten Wirtschaftskrise um rund 525 000, die Christlichen um 65 000, die Hirsch-Dunckerianer um rund 1000 (nach unten) und die Gelben um ca. 35 000. Dies sind nur die im Bund der gelben Werkvereine Organisierten. Ueberhaupt Gelbe — die natürlich wegen ihrer völligen Dezentralisation gar nicht mitzählen — gab es 1907 rund 48 000, 1911 ca. 105 000 (diese inkl. des 1910 gegründeten Bundes mit seinen 85 000 Papiersoldaten).

Eine ernsthaft bedeutende Entwicklung nach vorwärts haben also seit 1907 nur die freien und die christlichen Gewerkschaften durchzumachen vermocht. Die Hirsch-Dunckerianer leben, ohne zu wachsen, die Gelben kommen als Arbeiterorganisationen nicht in Frage. Den Christlichen ist durch den Papst der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Inwieweit sie sich das Hinwegnehmen des Existenzbodens gefallen lassen, bleibt erst noch abzuwarten.

Alles in allem: die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung marschiert trotz alledem an der Spitze, sie ist der sicherste Hort der Proletarier in allen wirtschaftlichen Fragen.

Während in Konstantinopel eine Krise ausgebrochen ist, durch die auch unsere deutschen Interessen im nahen Orient sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden...

Also doch!

Die „Kreuzzeitung“, durch die Feststellungen im Falle Lade in die Enge getrieben, sieht sich nun doch, zum Einverständnis gezwungen, das konservative Politikfeld in Etihad wiederholt um die Stimmen der Sozialdemokratie gebührt haben.

Noch jedesmal hat unsere Partei durch die Tat bewiesen, daß sie mit den außerordentlich wenigen Fällen, in denen einzelne in der konservativen Wahlbewegung stehende Persönlichkeiten auf eigene Verantwortung mit „Genossen“ verhandelt haben, nicht das mindeste zu tun hat.

Die „Kreuzzeitung“ leidet dieses Eingeständnis mit der pathologischen Wendung ein:

Sich gegen die Unterstellungen und Verdächtigungen, als „buhle“ auch die konservative Partei um rote Stichwahlen zu verteidigen, ist überflüssig.

Allerdings, kein Mensch hat behauptet, daß die Herren der „Kreuzzeitung“ den Abschluß eines konservativ-sozialdemokratischen Stichwahlbündnisses eritreiten. Auf diesen Gedanken würde trotz der großen Hitze kein Mensch kommen.

Die Fälle, in denen konservative Stichwahlkandidaten den Weg zum roten Parteibureau finden, wären wahrscheinlich noch viel zahlreicher, wenn kerartige Versuche nicht von vornherein zur vollen Ausschließlichkeit verurteilt wären.

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Soller.

Bei Tisch erzählte ich den Vorfall. Madame Simonelli kam mich, auf die Abenden, die man mir dort gemacht, nichts zu geben.

Madame Amelot, die schon vorher über Kopfschmerz geplagt, verließ die Tafel, ohne zu essen. Ich sah sie nicht mehr den ganzen Tag.

Am nächsten Morgen, eben diesmal ich mich zurüchtmachte, um wieder in die Manege zu gehen, trat sie in meine Bude, Pierre und der Rest der Besatzung die Schritte; ich hatte die Regel befolgt und hatte über meinem Gebilde. Da kam sie dicht an mich heran und legte mir seine ins Ohr: „Wenn Sie noch einmal Madame Adolphe sehen, sehen Sie mich nie mehr.“

Ich sah sie noch einmal, war sie b'rschwunden. Natürlich blieb ich, wo ich war, legte meinen Gebroß wieder in den Kasten, band ein Schürze vor und half den Anedien, um nur etwas zu beginnen. Aber ich wachte nicht, wie mit geschoben, noch was ich tat. Ich wachte auch nicht, sollte ich wach sein, weil mir das Vergnügen zu reiten unterlag wurde, aber sollte ich entzündt sein über Lauras Eiferhust? Denn daß es Eiferhust ist, was sie zornig macht, darüber bleibt mir jetzt kein Zweifel mehr.

Was Laura interessiert sich für mich? Die schöne, stolze Frau, meiner herrlichen Tochter, für mich, den Nordmacherlingen? Nein, denn sie das in Gedanken wüßten!

Eine Stunde später kam Madame Simonelli auch in einer Art von Zorn oder Krieger oder Mut, — ich weiß nicht, wie ich es nennen soll, wie halt jemand ist, der sich eben heilig geirrt hat, — und beschloß mich, die alligsten Anhalten zur Absicht zu treffen. Morgen früh geht es fort. So der Abend? Wir haben noch nicht einmal die Affären aus der Bruderei, auf denen die letzte Hauptdarstellung angelegt wurde.

Gern wäre ich wenigstens heute Abend in den Zirkus gegangen, die Reiteret noch einmal mit anzusehen. Doch wer hätte so etwas waget? Auch gab es bei uns schrecklich viel zu tun. Jetzt sind wir in Ordnung. Mit Tagesanbruch geht es ab. Fünf erste werde ich wieder Zeit noch Raum zu schreiben.

Zu der Erklärung des Prof. Dr. Dabe, daß er als konservativer Kandidat um die Stimmen der Sozialdemokraten erworben habe, schreibt der „Vorwärts“:

„Der Tode selbst nimmt nun endlich nach so langem verlegenen Schweigen das Wort, um zu erklären, daß er in einem ähnlichen Falle genau wiederum so handeln würde, da solche Praktiken bei allen Parteien üblich seien! Auch die Konservativen hätten doch bei jeder Stichwahl mit den Freisinnigen verhandelt, die Sozialdemokraten durch Anbitter, die mit den politischen Sünden der Freisinnigen angefüllt waren, auf ihre Seite zu ziehen.“

Der wankende Altar.

Wie im katholischen Lager ein heftiger Zank zwischen der Kölner und der Berliner Richtung entbrannt ist, bei dem man sich in letzter Zeit gefüllte Nachköpfe an den Kopf warf, so streiten sich jetzt im evangelischen Lager die orthodoxen und die liberalen Bibelgläubigen um das Apokalypse, dem Anbetriff der apokalyptischen Schriften im Neuen Testament.

Sehr interessant zu hören ist nun, wie sich andere interessierende Kreise zu dieser Sache stellen. Da kommt die katholische Wochenchrift des Grafen Oppersdorff „Wahrheit und Klarheit“ und kündigt den Konservativen die Zentrumsfreundschaft, wenn sie nicht sofort gegen solche haarsträubende Opposition gegen die Staatskirche Front machen. Es heißt da:

„Wenn sich aber die Konservativen zu dieser Ansicht (daß die Kirche sich vom Staate freimachen müsse) durchgemauert haben sollten, dann allerdings wäre es eine verhängnisvolle Selbsttötung, wollten die Katholiken mit dieser Partei noch als einer ernstlichen Gegnerin der Trennung des Staates von der Kirche rechnen.“

Die „Schlaue Germania“ empfiehlt — es ist zum Lachen — den „edlen Elementen im Protestantismus“, doch den „sicheren Boden der katholischen Kirche“ zu betreten, also katholisch zu werden.

Die konservativen Organe evangelischer Observanz weisen diese Aufforderung, in den Schoß der „alleinseligmachenden“ Kirche zu kommen, zwar zurück, doch können sie sich aus guten Gründen den Ausführungen Oppersdorffs nicht verschließen.

Die „Kreuzzeitung“ will von einem Austritt aus der Landeskirche nichts wissen. Sie weist auf den „starken Magneten“ hin, der die evangelische Kirche unverbrüchlich an den Staat festsetzt. Sie schreibt:

„In die Stelle des bloßen Rechtsstaates, der den christlichen Staat ablöste, ist der moderne Kulturstaat getreten. Man muß es ihm lassen, daß er der Kirche ihre Fesseln vergolden hat. In Preußen hat Regierung und Landtag in freigelegter Weise für die Bedürfnisse der Kirche gesorgt. Es ist keine geringe Sorge für die Freunde der Kirche, daß die Staatunterstützung, die in Preußen jährlich den evangelischen Landeskirchen 25 Millionen Mark zuführt, aufgehört konnte. Das allein schon bewahrt den nüchternen Politiker davor, mit dem Gedanken der Trennung von Staat und Kirche zu spielen.“

Es ist interessant, aus berufenem Munde zu hören, daß die Kirche mit „goldenen Fesseln“ an den Staat gefesselt ist. Daher auch die Harmonie zwischen Staat und Kirche. Es gilt, diese „Fesseln“ zu lösen!

Der Konflikt in Schwarzburg-Rudolstadt. Angeführt von dem Lande herrschenden gespannten Lage ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Schritte zu beraten, die bei der Eröffnung des Landtages am 4. September zu tun sind.

Freiwillige Flieger vor! Das Kriegsministerium hat seine Zustimmung zur Errichtung eines Freiwilligen-Fliegerkorps erteilt, das als eine Art von Fliegerreserve demnächst ins Leben treten wird. Nach dem Muster des deutschen Freiwilligen-Autobillkorps, das seit seiner Gründung der Deeresverwaltung in den großen Manövern und auch bei anderen Gelegenheiten Dienste geleistet hat, sollen durch das Freiwilligen-Fliegerkorps Zivilflieger einerseits der Deeresverwaltung für den Kriegsfall und für die Manöver gegen Entschädigung zur Verfügung gestellt, andererseits mit den Einrichtungen des militärischen Fliegerwesens vertraut gemacht werden.

Das Korps, an dessen Spitze ein Chef mit einem Stab stehen wird, hat eine bestimmte Uniform. Der Eintritt in das Korps macht unter anderem die Staatsangehörigkeit zum Deutschen Reich und den Besitz des Flugzeugführerzeugnisses zur Bedingung.

Konferenz liberaler Arbeiter. Bürgerliche Blätter berichten: Am 10. und 11. August wird in Leipzig eine Konferenz liberaler Arbeiter, die erste dieser Art, tagen. Nach dem jetzt veröffentlichten Programm wird sie sich mit den Fragen der Form, Tätigkeit und Aufgaben einer liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung eingehend beschäftigen.

Näheres über die geplante liberale Arbeiterbewegung teilt die bayrische „Ab. Landeskorrespondenz“ mit: Der Zweck der Tagung ist, die liberal und vaterländisch denkenden Arbeiter zu einer über das ganze Reich verbreiteten Bewegung zusammenzufassen. Die liberalen Arbeiter haben ein gewisses Interesse daran, zu den beiden Flügeln des Liberalismus gleich gute Beziehungen zu gewinnen und zu unterhalten, von beiden Seiten ihre Interessen verstanden und gefördert zu sehen, wie es auch ihre natürliche Aufgabe ist, im politischen Kampf nicht nur eine der heiden Parteien, sondern den Gesamtliberalismus zu unterstützen. Von diesen Gedanken läßt sich auch der in Bayern bereits bestehende Verband liberaler Arbeitervereine leiten. Mögen sein Beispiel und seine guten Erfahrungen auch der ersten Reichskonferenz liberaler Arbeiter die einflussreichsten Wege weisen!

Wiel Glück wird man bei diesem liberalen Arbeiterange nicht haben, denn die Arbeiterschaft hat alle Ursache, den Berpflitterern die Lür zu weisen.

Theater und Komödie. Ueber die deutsch-russische Entree in Baltischport wird dem Organ der Alldeutschen, „Alldeutsche Blätter“, von „besonderer“ Seite geschrieben: „Ueber Potsdam nach Baltischport haben etwas an der feinseltigen Stimmung der Russen gegen uns geändert; beide Zusammenkünfte sind, wie so viele vorher, nichts gewesen als Theater und Komödie. Niemals war die Stimmung in Russland leidenschaftlicher deutschfeindlich wie jetzt; niemals ist mit mehr Eifer der Krieg nach Westen vorbereitet worden; niemals ist die Meinung in Volk und Meer mehr für diesen Krieg eingenommen gewesen; niemals hat sich die Regiering in Bezug auf den Krieg in größerer Uebereinstimmung mit den volkstümlichen Neigungen befunden, wie eben jetzt.“

Die Alldeutschen können den Moment des Vorschlagens kaum erwarten, ob gegen England oder Frankreich oder gegen Rußland, gleichviel, nur loschlagen, damit germanisches Feindtum vom Schlage der Wrenndt sich bekräftigen kann.

Ueber die Tätigkeit der preussischen Gerichte im Jahre 1911 wird im Justizministerium bekannt eine Uebersicht gegeben. Danach haben bei den Amtsgerichten namentlich die Zivilprozesse eine Zunahme erfahren, während die Strafsachen im ganzen eine kleine Abnahme aufwiesen und die Tätigkeit der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit im großen und ganzen dieselbe geblieben ist. Bei den Landgerichten sind die Zivilprozesse erster Instanz weiter zurückgegangen, die der Berufungsinstanz erheblich gestiegen, während die Strafsachen eine kleinere Steigerung aufwiesen. Bei den Oberlandesgerichten haben die Zivilsachen eine erhebliche Abnahme, die Strafsachen eine kleine Zunahme zu verzeichnen.

In den Tod getrieben? Die bürgerlichen Telegraphenbureaus melden: Zu dem Selbstmord des Mustellers Wöhner, der sich vor wenigen Tagen von einem Zuge der Strecke Arnstadt-Ilmenau überfahren ließ, wird jetzt bekannt, daß Wöhner zu diesem Schritte Veranlassung gaben. Wöhners gehörte der sozialdemokratischen Partei an und hat in einem

ben finden. O! mein Himmel, was werde ich auf diese Blätter zu schreiben haben, wenn ich sie wieder zur Hand nehme? Soweit für diesmal die Auszüge aus Anton's Tagebuch.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Madame Laura Amelot scheint denn doch keine gewöhnliche Frau zu sein. Nachdem die Eiferhust ausgebrocht, hat sie wieder weibliche Haltung und Würde gewonnen. Sie benimmt sich, als wäre zwischen Anton und ihr weiter nichts vorgefallen, und er weiß abermals nicht, woran er ist. Wie finden sie auf der Reise durch einige kleinere Städte, in welchen ihr Weilen von ganz kurzer Dauer ist, und holen sie, nach Verkauf eines Monats etwa, in A. ein, wo sie sich des breiteren festgesetzt haben, ohne daß im Verhältnis der Liebenden irgend ein bemerkenswerter äußerlicher Wechsel eingetreten wäre, wobei allerdings nicht zu verhehlen, daß sich Anton innerlich bedeutend verändert hat. Seine Träume sind Mühselig geworden, seine Mühselig Begierden. Sie tren einige Tage hindurch Gossungen. Diesen letzteren hat Lauras Zurückhaltung die Flügel geknickt, und nun kriechen sie, ohne Zustimmung, fast erbittert am Boden umher, wo ihr Anblick ihm die Götterheit raubt. Er sieht sich wieder Diener, nachdem er einen Augenblick lang gewohnt hatte, Herr zu werden.

Sein Gefühl, — die Tiere, — die übertriebende Bude, das Publikum, — der Gei, — die Musik, — alles wider ihn an. Seine Einbildungskraft weiß ihn auf Guillaumes lustige Pande zurück. Er schwelgt in wachen Träumen mit dem leeren Volk auf wiederherdem Reuner die Bahn entlang; seine seitdem Gewänder flattern rauschend beim tobenden Schalle der Musik. Er möchte die Flücht ergreifen, möchte den schönsten Affen, großen Hasen, Bären und Hyänen Palet sagen! Aber Laura lächelt ihn, wie aus Zerkreunung, einmal an, und es ist aus.

Eines noch fällt ihm aufrecht: das Bedürfnis zu lesen, zu lernen, wie sonst. Nur daß er es jetzt in Städten leichter befriedigen kann, als während seines Landlebens, französische Bücher wechselten mit deutschen, was die Leihbibliotheken befürchten, äußert er auf. Unter anderen fand ihm auch Goethes Gedichte angekommen. Viele hat er ausgelesen, manche auswendig gelernt. Eines resitiert er, wo er recht und fleht. Doch den Titel hat er ungewöhnt. Nicht Dits. — nein „Lauras Wort“ nennt er's. Oft, wenn eine weichere Stimmung über ihn kommt, wiederholt er:

„Denn so hat sie aus des Walbes Nacht einen Bären, ungelacht und ungezogen, Unter ihren Beschluß herein betrogen, Unter die zahme Kompanie gebracht und mit den andern zahm gemacht!“

Was auf einen gewissen Punkt, verflucht sich! Wie schön und ach! wie gut. Sagen sie zu sein. Ich hätte mein Blut gegeben, um ihre Blumen zu begleiten!“

Und dann fühlte er sich versucht, den indischen Bären herauszulassen aus seinem Käfig, an dessen Statt sich hinein zu geben. Möglich aber ruft er sich den Schluß des Gedichtes wieder ins Gedächtnis und spricht mit Goethe:

„Götter, ist's in euren Händen, Dieses dumpe Zauberverbot zu enden, Wie dank' ich, wenn ihr mir die Freiheit schafft: Doch sendet ihr mir keine Hilfe nieder, — Nicht ganz umsonst red' ich so meine Ueber: Ich fühl's! Ich schwör's! Noch hab ich Kraft.“

Wie er es aber auch sprechen, durchdenken, durchfühlen, drehen und wenden möchte, fruchtlos blieb doch jede seiner Bemühungen, die eigentliche Frucht ins Französisch zu übertragen, um etwa den Inhalt derselben seiner Vili-Laura einigermaßen begreiflich und zugänglich zu machen. Anton mußte doch jetzt recht gut Französisch, sprach es so gekauft, betraute wie Deutsch, und sprach es besser als jene, die eine fremde Sprache aus den Regeln der Schule erlernen, weil er es von lebendigen Lippen — und was für Lippen! — entnommen. Aber an diesem Versuche scheiterte jegliches Bestreben. Sinn und Worte und Form fand er für die meisten Strophen — dennoch fehlte ihm etwas, — und ohne dieses etwas gerade wurde es eben etwas ganz anderes. Solche eigenartige, unbestimmte Sonderung zweier Sprachen führte unteren Freund auf mancherlei Betrachtungen, welche man ebensowenig bei einem Renegatentäter suchen, als Goethe geahnt haben dürfte, daß ein solcher sich über, ärgern und wiederum kräftigen werde an einem Gedichte, das er im Unmut unbefriedigter Leidenschaft einstmals hinwarf. Aber so geht es:

„Der Urgeist streift den Samen in die Winde, Daß man ein Körnlein Grund wie Boden finde!“

Anton hatte niemand, dem er sich mitteilen konnte. Weder Schwanz noch Rothart, abgesehen von der berethlichen Robert ihres Herkommens und Berufes, wären die Menschen gewesen, nur zu ahnen, geschweige denn zu begreifen, wie ein Jüngling von Anton's einnehmender Persönlichkeit noch schwächen, zweifeln wollte nach Vorgängen, deren er zwei erlebt. Sie verließen so leicht keine Stadt und kein Städtchen, ohne Bände zu schlingen; die gleich anfänglich durch herbe, aber leicht löslliche Knoten gefestigt wurden. Doch waren sie praktische Leute und richteten die leichtere oder festere Vermutung ihrer Bündnisse schon im voraus danach ein, ob sie auf längeren oder kürzeren Aufenthalt am Orte zu rechnen hatten.





## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Juli.

### Schnell bestätigt

wurde der neue Oberbürgermeister für Breslau, Herr Paul Matting, der gegenwärtig als Bürgermeister von Charlottenburg im Amt ist. Am 10. Juni ist Herr Matting von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig auf zwölf Jahre zum ersten Bürgermeister für Breslau gewählt worden; durch königlichen Erlass vom 16. Juli, also 5 Wochen später, hat man diese Wahl bestätigt. Es ist also diesmal außerordentlich schnell gegangen. In der Regel dauert es monatelang, ehe von oben die Zustimmung zu Bürgermeistervahlen kommt. Herr Kirchner in Berlin hat seinerzeit nicht weniger als anderthalb Jahre warten müssen. In diesem Bestätigungsrecht liegt im übrigen ein Stück Bevormundung der Städte: sie ist ein überflüssiger alter Topf, der es verdient, mit einem kräftigen Schmitt befreit zu werden.

### Das Vorrecht der Hausbesitzer.

In Breslau sind bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung 11 Mandate zu besetzen. Dazu müssen 11 der zu wählenden Stadtverordneten Hausbesitzer sein. Unsere Stadt hat 102 Stadtverordnete, aus jeder der drei Abteilungen kommen also 34. Da nun die Stadtverordnetenversammlung die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, sind auch für die dritte Abteilung 17 Hausbesitzer nötig. In dieser Abteilung verbleiben aber mit Ablauf dieses Jahres nur sechs Hausbesitzer, die Stadtverordneten sind, Angerer, Arndsdorff, u. Kachow, Seibert und Sternogel-Saase. Deshalb sind mindestens 11 hinzu zu wählen.

Von den Beschränkungen, denen das passive Wahlrecht unterliegt, ist die ungerechteste und unbegründetste das Vorrecht der Hausbesitzer. Schon im Jahre 1876 wollte die Regierung für die Städte der preussischen Provinzen das Hausbesitzerrecht beseitigen, weil ein Bedürfnis für diese Beschränkung nicht vorliege. Heute denken Regierung und Landtag anders; sie wollen dieses Vorrecht bewahren, obwohl es sich als große Hindernis beim Einschreiten gegen die Wohnungsnot erwiesen hat. Sie erblickt darin ein Mittel, den Sozialdemokraten das Eindringen in die Stadtverordnetenversammlung zu erschweren. Noch im Jahre 1904 beschloß die Regierungsvorläufer in der Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses den Uebergang zur Tagesordnung über eine Petition auf Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs. Die Kommission beschloß auch, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. In absehbarer Zeit ist daher an eine Beseitigung dieser Unrechtfertigkeit nicht zu denken.

Nach Ansicht der Regierung muß, besonders in den Großstädten mit ihrer beweglichen Einwohnerzahl, das „antike Element“, wie es sich nämlich in Hausbesitz verkörpert, besonders geschützt werden. Heute ist aber der Hausbesitz nicht mehr das antike Element; in Wirklichkeit sind die Grundbesitzer heute vielfach nichts weiter als Leute, die mit häßlichen Handel treiben und die durch die rasche Verfallung ihrer eigenen Interessen vielfach die Gesamtheit aufs schwerste schädigen.

Mit der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung des häuslichen Haus- und Grundbesitzes beschäftigt sich die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ in einigen Artikeln, die wir in den Mitteilungen für Grundbesitzer, Organ des Breslauer Haus- und Grundbesitzer-Vereins, abgedruckt finden. In dem Schlussartikel der Nummer vom 22. Juli wird recht einseitig die Frage aufgeworfen: „Und schließlich, welche praktische Bedeutung hat denn das Hausbesitzerprivileg? Ist denn schon jemals eine Wahl daran gescheitert, daß der Kandidat nicht Hausbesitzer war?“

Leichtbin beantwortet der Artikelschreiber diese Fragen wie folgt: „Wenn ein Kandidat nach der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ein Hausbesitzer sein mag, dann wird er es eben schnell. Niemand wird doch behaupten wollen, daß es für einen bescheidenen Kandidaten noch große Schwierigkeiten bereiten würde, die Hausbesitzerstimmen zu erwerben. Es ist noch nicht einmal nötig, daß er wirklich Eigentümer eines Hauses oder Grundstücks wird. Es genügen ja 20 Mann: Jeder an dem Grundstück, es genügt u. a. die Eigenschaft als Vorstand einer Baugenossenschaft usw.“

Wenn es wirklich so leicht wäre, Hausbesitzer zu werden, warum ist dann, um nicht erst in die Ferne zu schweifen, Herr S. u. i. d. r. in Breslau nicht allein oder mit Hilfe seiner konservativen Freunde Hausbesitzer geworden? Genau so leichtbin aufgestellt ist die weitere Behauptung, es genügen schon bestimmte Rechte an ein Grundstück, um als Hausbesitzer zu gelten. Wenn der Artikelschreiber nicht den § 16 der Städteordnung und dessen Auslegung durch das Oberverwaltungsgericht? Verlangt wird der Alleinbesitz, der Besitz eines Mit-eigentümers genügt nicht. Auch der Nießbrauch, der sich nicht auf den ganzen Besitz erstreckt, reicht nicht aus, die passive Wahlfähigkeit als Hausbesitzer im Sinne des § 16 zu begründen. Obenstehend ist wahllos, wer mit seiner Ehefrau ein Wohnhaus eigentümlich besitzt, also Mit-eigentümer dieses Wohnhauses ist und an dem Ansehe seiner Ehefrau das Nießbrauchrecht hat.

Dieses Vorrecht, der eine so große Unkenntnis der Bestimmungen der Städteordnung bewiesen hat, muß man dem Hausbesitzerrecht ein nicht zu unterschätzendes politisches Verdienst bei, indem er schreibt:

„Der häusliche Haus- und Grundbesitz hat sich nämlich als ein ganz hervorragendes Mittel gegen die Sozialdemokratie herausgestellt, und wenn auch niemand erwarten wird, daß ein Sozialdemokrat, der um Stadtverordneter zu werden, Hausbesitzer werden muß, ummehre die Interessen der Haus- und Grundbesitzer wahrnehmen wird, so ist es doch sicher, daß dieser sozialdemokratische Hausbesitzer oder hausbesitzende Sozialdemokrat für die sozialdemokratische Mission verloren ist. Das ist kein Theorem, das in die Praxis, wie sie von der Sozialdemokratie sich erkauft und bekommt wird. Ein in der vorigen Nummer der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ aus die sozialdemokratischen Stimmen mitgeteilt worden, die den Hausbesitz als den größten Feind aller sozialdemokratischen Missionen charakterisieren. Weil die Sozialdemokratie diese Gefahr kennt, bekämpft sie auch sämtliche Maßnahmen, die die Erwerbung eigener Häuser erschweren sollen. Der Genosse, der ein Haus besitzt, ist es, daß er es allein bewohnt, ist es, daß er es vermietet, ist für die sozialdemokratische Mission verloren. Das ist allerdings für die Sozialdemokratie sehr unangenehm; desto angenehmer aber für alle Kreise, die sich der Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht haben.“

Es verlohnt sich nicht auf solches Gerede einzugehen. Nach der Meinung des Artikelschreibers soll auch der Haus- und Grundbesitz eine große soziale Wirkung ausüben. Er sagt, „daß dieser die beste Möglichkeit zur Ausglückung der Gegenwart bildet, wie sie sich zum Schaden unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens immer schärfer zeigt.“ Dieser Gegensatz zwischen Selbständigen und Unselbständigen sei vielleicht noch gefährlicher, als der von der Sozialdemokratie künstlich verwickelte Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern. Es bleibt nur eins übrig, daß sich dieser Gegensatz der Gegenwart immer mehr bemerkbar macht, in der Gründung von Arbeiter-einigungsvereinen gegen die Hausbesitzer. Auch hier trifft der Artikelschreiber daneben die Beweisführung dafür, daß das Hausbesitzerprivileg der Gesamtheit zugute kommt, ist ihm nicht zuzugestehen. Dieses Anspruchsrecht bleibt eine Unrechtfertigkeit. Es wird aber die Breslauer Sozialdemokratie nicht abhalten können, sich im Herbst an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Wir fürchten auch nicht, daß uns ein einziger unserer bescheidenen Parteigenossen als Kandidat verloren geht, denn es

sind welche dabei, die seit 10 und 20 Jahren in unserer Reihen waren und allen durch ihre Parteimitgliedschaft der „Volkswacht“ zum Trotz unserer Partei nicht verlassen gegangen sind.

### Von der Stadtverbindungsbahn.

Der Vertrag, der die Vereinbarungen zwischen dem Eisenbahndirektor und der Stadtverordneten Breslau für den Ausbau der Breslauer Stadtverbindungsbahn enthält, ist, wie die „Schles. Zeitung“ zu melden weiß, von der Eisenbahndirektion Breslau bereits im Entwurf fertiggestellt worden und dem Magistrat zugegangen. Auf Grund dieses Vertrages wird das Straßenland der südlichen Friedrichstraße von der Neuborf bis zur Köpenickerstraße in den Besitz des Eisenbahndirektors übergehen. Dieses Straßenland sowohl mit der Neuborf als auch der Straße gelegenen Häuser, welche der Eisenbahndirektor teils bereits erworben hat, teils noch erwerben muß, wird vollständig für die Ausschüttungen zur Verbesserung der Stadtverbindungsbahn in Anspruch genommen werden.

Der Magistrat übernimmt nach dem Vertrag dagegen die Durchführung der nördlichen Friedrichstraße zwischen Neuborfstraße und Neue Schweidnitzer Straße und der Springerstraße von der Theaterstraße bis zur Neuen Schweidnitzer Straße. Bevor dieser Straßenzug nicht durchgeleitet ist, werden die Abbrucharbeiten an den erworbenen Grundstücken nicht begonnen werden. Von den Grundstücken der südlichen Friedrichstraße, die dem Magistrat am 1. Juli 1912, 11, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000, 1002, 1004, 1006, 1008, 1010, 1012, 1014, 1016, 1018, 1020, 1022, 1024, 1026, 1028, 1030, 1032, 1034, 1036, 1038, 1040, 1042, 1044, 1046, 1048, 1050, 1052, 1054, 1056, 1058, 1060, 1062, 1064, 1066, 1068, 1070, 1072, 1074, 1076, 1078, 1080, 1082, 1084, 1086, 1088, 1090, 1092, 1094, 1096, 1098, 1100, 1102, 1104, 1106, 1108, 1110, 1112, 1114, 1116, 1118, 1120, 1122, 1124, 1126, 1128, 1130, 1132, 1134, 1136, 1138, 1140, 1142, 1144, 1146, 1148, 1150, 1152, 1154, 1156, 1158, 1160, 1162, 1164, 1166, 1168, 1170, 1172, 1174, 1176, 1178, 1180, 1182, 1184, 1186, 1188, 1190, 1192, 1194, 1196, 1198, 1200, 1202, 1204, 1206, 1208, 1210, 1212, 1214, 1216, 1218, 1220, 1222, 1224, 1226, 1228, 1230, 1232, 1234, 1236, 1238, 1240, 1242, 1244, 1246, 1248, 1250, 1252, 1254, 1256, 1258, 1260, 1262, 1264, 1266, 1268, 1270, 1272, 1274, 1276, 1278, 1280, 1282, 1284, 1286, 1288, 1290, 1292, 1294, 1296, 1298, 1300, 1302, 1304, 1306, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1318, 1320, 1322, 1324, 1326, 1328, 1330, 1332, 1334, 1336, 1338, 1340, 1342, 1344, 1346, 1348, 1350, 1352, 1354, 1356, 1358, 1360, 1362, 1364, 1366, 1368, 1370, 1372, 1374, 1376, 1378, 1380, 1382, 1384, 1386, 1388, 1390, 1392, 1394, 1396, 1398, 1400, 1402, 1404, 1406, 1408, 1410, 1412, 1414, 1416, 1418, 1420, 1422, 1424, 1426, 1428, 1430, 1432, 1434, 1436, 1438, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462, 1464, 1466, 1468, 1470, 1472, 1474, 1476, 1478, 1480, 1482, 1484, 1486, 1488, 1490, 1492, 1494, 1496, 1498, 1500, 1502, 1504, 1506, 1508, 1510, 1512, 1514, 1516, 1518, 1520, 1522, 1524, 1526, 1528, 1530, 1532, 1534, 1536, 1538, 1540, 1542, 1544, 1546, 1548, 1550, 1552, 1554, 1556, 1558, 1560, 1562, 1564, 1566, 1568, 1570, 1572, 1574, 1576, 1578, 1580, 1582, 1584, 1586, 1588, 1590, 1592, 1594, 1596, 1598, 1600, 1602, 1604, 1606, 1608, 1610, 1612, 1614, 1616, 1618, 1620, 1622, 1624, 1626, 1628, 1630, 1632, 1634, 1636, 1638, 1640, 1642, 1644, 1646, 1648, 1650, 1652, 1654, 1656, 1658, 1660, 1662, 1664, 1666, 1668, 1670, 1672, 1674, 1676, 1678, 1680, 1682, 1684, 1686, 1688, 1690, 1692, 1694, 1696, 1698, 1700, 1702, 1704, 1706, 1708, 1710, 1712, 1714, 1716, 1718, 1720, 1722, 1724, 1726, 1728, 1730, 1732, 1734, 1736, 1738, 1740, 1742, 1744, 1746, 1748, 1750, 1752, 1754, 1756, 1758, 1760, 1762, 1764, 1766, 1768, 1770, 1772, 1774, 1776, 1778, 1780, 1782, 1784, 1786, 1788, 1790, 1792, 1794, 1796, 1798, 1800, 1802, 1804, 1806, 1808, 1810, 1812, 1814, 1816, 1818, 1820, 1822, 1824, 1826, 1828, 1830, 1832, 1834, 1836, 1838, 1840, 1842, 1844, 1846, 1848, 1850, 1852, 1854, 1856, 1858, 1860, 1862, 1864, 1866, 1868, 1870, 1872, 1874, 1876, 1878, 1880, 1882, 1884, 1886, 1888, 1890, 1892, 1894, 1896, 1898, 1900, 1902, 1904, 1906, 1908, 1910, 1912, 1914, 1916, 1918, 1920, 1922, 1924, 1926, 1928, 1930, 1932, 1934, 1936, 1938, 1940, 1942, 1944, 1946, 1948, 1950, 1952, 1954, 1956, 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970, 1972, 1974, 1976, 1978, 1980, 1982, 1984, 1986, 1988, 1990, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018, 2020, 2022, 2024, 2026, 2028, 2030, 2032, 2034, 2036, 2038, 2040, 2042, 2044, 2046, 2048, 2050, 2052, 2054, 2056, 2058, 2060, 2062, 2064, 2066, 2068, 2070, 2072, 2074, 2076, 2078, 2080, 2082, 2084, 2086, 2088, 2090, 2092, 2094, 2096, 2098, 2100, 2102, 2104, 2106, 2108, 2110, 2112, 2114, 2116, 2118, 2120, 2122, 2124, 2126, 2128, 2130, 2132, 2134, 2136, 2138, 2140, 2142, 2144, 2146, 2148, 2150, 2152, 2154, 2156, 2158, 2160, 2162, 2164, 2166, 2168, 2170, 2172, 2174, 2176, 2178, 2180, 2182, 2184, 2186, 2188, 2190, 2192, 2194, 2196, 2198, 2200, 2202, 2204, 2206, 2208, 2210, 2212, 2214, 2216, 2218, 2220, 2222, 2224, 2226, 2228, 2230, 2232, 2234, 2236, 2238, 2240, 2242, 2244, 2246, 2248, 2250, 2252, 2254, 2256, 2258, 2260, 2262, 2264, 2266, 2268, 2270, 2272, 2274, 2276, 2278, 2280, 2282, 2284, 2286, 2288, 2290, 2292, 2294, 2296, 2298, 2300, 2302, 2304, 2306, 2308, 2310, 2312, 2314, 2316, 2318, 2320, 2322, 2324, 2326, 2328, 2330, 2332, 2334, 2336, 2338, 2340, 2342, 2344, 2346, 2348, 2350, 2352, 2354, 2356, 2358, 2360, 2362, 2364, 2366, 2368, 2370, 2372, 2374, 2376, 2378, 2380, 2382, 2384, 2386, 2388, 2390, 2392, 2394, 2396, 2398, 2400, 2402, 2404, 2406, 2408, 2410, 2412, 2414, 2416, 2418, 2420, 2422, 2424, 2426, 2428, 2430, 2432, 2434, 2436, 2438, 2440, 2442, 2444, 2446, 2448, 2450, 2452, 2454, 2456, 2458, 2460, 2462, 2464, 2466, 2468, 2470, 2472, 2474, 2476, 2478, 2480, 2482, 2484, 2486, 2488, 2490, 2492, 2494, 2496, 2498, 2500, 2502, 2504, 2506, 2508, 2510, 2512, 2514, 2516, 2518, 2520, 2522, 2524, 2526, 2528, 2530, 2532, 2534, 2536, 2538, 2540, 2542, 2544, 2546, 2548, 2550, 2552, 2554, 2556, 2558, 2560, 2562, 2564, 2566, 2568, 2570, 2572, 2574, 2576, 2578, 2580, 2582, 2584, 2586, 2588, 2590, 2592, 2594, 2596, 2598, 2600, 2602, 2604, 2606, 2608, 2610, 2612, 2614, 2616, 2618, 2620, 2622, 2624, 2626, 2628, 2630, 2632, 2634, 2636, 2638, 2640, 2642, 2644, 2646, 2648, 2650, 2652, 2654, 2656, 2658, 2660, 2662, 2664, 2666, 2668, 2670, 2672, 2674, 2676, 2678, 2680, 2682, 2684, 2686, 2688, 2690, 2692, 2694, 2696, 2698, 2700, 2702, 2704, 2706, 2708, 2710, 2712, 2714, 2716, 2718, 2720, 2722, 2724, 2726, 2728, 2730, 2732, 2734, 2736, 2738, 2740, 2742, 2744, 2746, 2748, 2750, 2752, 2754, 2756, 2758, 2760, 2762, 2764, 2766, 2768, 2770, 2772, 2774, 2776, 2778, 2780, 2782, 2784, 2786, 2788, 2790, 2792, 2794, 2796, 2798, 2800, 2802, 2804, 2806, 2808, 2810, 2812, 2814, 2816, 2818, 2820, 2822, 2824, 2826, 2828, 2830, 2832, 2834, 2836, 2838, 2840, 2842, 2844, 2846, 2848, 2850, 2852, 2854, 2856, 2858, 2860, 2862, 2864, 2866, 2868, 2870, 2872, 2874, 2876, 2878, 2880, 2882, 2884, 2886, 2888, 2890, 2892, 2894, 2896, 2898, 2900, 2902, 2904, 2906, 2908, 2910, 2912, 2914, 2916, 2918, 2920, 2922, 2924, 2926, 2928, 2930, 2932, 2934, 2936, 2938, 2940, 2942, 2944, 2946, 2948, 2950, 2952, 2954, 2956, 2958, 2960, 2962, 2964, 2966, 2968, 2970, 2972, 2974, 2976, 2978, 2980, 2982, 2984, 2986, 2988, 2990, 2992, 2994, 2996, 2998, 3000, 3002, 3004, 3006, 3008, 3010, 3012, 3014, 3016, 3018, 3020, 3022, 3024, 3026, 3028, 3030, 3032, 3034, 3036, 3038, 3040, 3042, 3044, 3046, 3048, 3050, 3052, 3054, 3056, 3058, 3060, 3062, 3064, 3066, 3068, 3070, 3072, 3074, 3076, 3078, 3080, 3082, 3084, 3086, 3088, 3090, 3092, 3094, 3096, 3098, 3100, 3102, 3104, 3106, 3108, 3110, 3112, 3114, 3116, 3118, 3120, 3122, 3124, 3126, 3128, 3130, 3132, 3134, 3136, 3138, 3140, 3142, 3144, 3146, 3148, 3150, 3152, 3154, 3156, 3158, 3160, 3162, 3164, 3166, 3168, 3170, 3172, 3174, 3176, 3178, 3180, 3182, 3184, 3186, 3188, 3190, 3192, 3194, 3196, 3198, 3200, 3202, 3204, 3206, 3208, 3210, 3212, 3214, 3216, 3218, 3220, 3222, 3224, 3226, 3228, 3230, 3232, 3234, 3236, 3238, 3240, 3242, 3244, 3246, 3248, 3250, 3252, 3254, 3256, 3258, 3260, 3262, 3264, 3266, 3268, 3270, 3272, 3274, 3276, 3278, 3280, 3282, 3284, 3286, 3288, 3290, 3292, 3294, 3296, 3298, 3300, 3302, 3304, 3306, 3308, 3310, 3312, 3314, 3316, 3318, 3320, 3322, 3324, 3326, 3328, 3330, 3332, 3334, 3336, 3338, 3340, 3342, 3344, 3346, 3348, 3350, 3352, 3354, 3356, 3358, 3360, 3362, 3364, 3366, 3368, 3370, 3372, 3374, 3376, 3378, 3380, 3382, 3384, 3386, 3388

vollstern offen. Doch läßt die Verbandsgliederung strengste Neutralität. Aber auch nach einer anderen Richtung hätte die fortschreitende Entwicklung die Delegationen, ein zeitgemäßes, zweckdienlicheres (Geman) anzuwenden. Aus der bloßen Berufsorganisation wurde eine Arbeiter-Organisation. Und gegen eine solche werden sich in höherer Periode der tatsächlichen Verhältnisse oder weit feinerer in Zukunft nicht eine kleine Anzahl Angehöriger. (Weißall)

In der hieran anschließenden Debatte bemerkt Herr Reichel Kaufmann (Berlin), daß das moderne Wirtschaften auch in den Kreisen der Techniker die Krise revolutioniert habe, und darum müsse auch der T. T. V. eine neue Angelegenheiten-Organisation werden, ohne partiellistische Tendenzen. In Zukunft würden also Schließungen nicht mehr vorgenommen. Damit wäre der T. T. V. in die Reihe der modernen Berufsorganisationen einzureihen. Aber noch ein weiterer bedeutender Schritt müsse getan werden. — Wie haben wir bisher immer behauptet, daß das moderne Wirtschaften Staat, Kommune, sowie auch Privatunternehmer in sich haben. Und nun mit dieser wirtschaftsrechtlichen Verbandsvollziehung? Der heutige Techniker wird gerade, wenn er voll bezahlt, haben doch 2. V. von dem letzten Personal im Baugewerbe noch 9 Prozent unter 2000 Mark Einnahmen, in der Industrie noch 6 Prozent. Unter 2000 Mark Einnahmen hatte 1910 53 Prozent der Bureauverwaltungen im Baugewerbe, in der Industrie 60 Prozent, das sind in zwei Drittel aller in den Bureaus beschäftigten Industrietechniker. Die entsprechenden Zahlen für das Betriebspersonal sind: 52 Prozent im Baugewerbe und 41 Prozent in der Industrie. Auch die Staatbetriebe und alles andere nur keine „soziale Mutterbetriebe“; z. B. die Lage der beim Versandeur in technischen Institut der Bezirksverwaltung auf Privatdienstvertrag angestellten Techniker ist vielleicht noch schlechter, als die der in der Privatindustrie angestellten. Selbst der Präsident der Angelegenheitskommission in Posen hat zu schreiben müssen, daß das Einkommen mit den vom Ministerium festgesetzten Durchschnittszahlen nicht immer zur Begründung und Fortführung eines Familienhaushalts ausreicht. Im Gemeindefeld haben sich ähnliche Verhältnisse. In einer Stadt im Osten verdienten von 22 von der Kommune angestellten Techniker 29 weniger als die dortigen Steinleger.

Alle Bemühungen haben dazu gearbeitet, ihre Lebenshaltung zu verbessern, nur wir haben geachtet, das soll aber jetzt anders werden. Wir können uns nicht mehr auf das „Böhmische“ anderer Arbeiter verlassen, wir müssen durch die Macht unserer Organisation auf sie einwirken, um bessere Arbeitsbedingungen zu erhalten. Wichtigenfalls schreiben wir — wenn keine andere Verhandlung mit diesen Herren möglich ist — auch vor einer solidarischen Kündigung, also vor einem Streik nicht zurück. Das gab einer uns schändlichen rechtstehenden Presse Anlaß, unsere Organisation als Klassenkampforganisation, nur ist als „Gewissen“ zu bezeichnen. Das ist jedenfalls sehr unvorsichtig; vielleicht kommt einmal der Moment, wo wir uns nicht mehr gegen die Zwangsüberjüngung wehren — und das wird doch nicht der Fall sein, den die Herren, vor allem die von der „Schlesischen Zeitung“, wünschen. Alle die beamteten Techniker kommt der Streik, der geistlich nicht zulässig, so wie es jetzt in Frage. Aber für Privatbetriebe halten wir diese Variante bereit. Alles Gerede der „Schlesischen Zeitung“, daß wir damit in ein wirtschaftsfeindliches Verhalten verfallen können, ist verabschiedet. Gerade daß die Techniker — das Organisations der großen Arbeiterarmee — so freudlich, so schnell waren, hat es verschuldet, daß sie nicht mehr zurücktreten wurden. Aber wir haben gelernt. Geht von den Arbeitern, aber noch mehr von den Wintermännern der „Schl. Ztg.“, den Agrariern, die es mühselig verstanden, ihre Sonderinteressen rücksichtslos durchzusetzen. (Zustimmende Zurufe und Handklatschen). Wie das lassen ungeachtet neutral. Weiter behauptet Herr Reichel, daß aus den Reihen des eigenen Verbandes, irrefühler von einer rechtstehenden Presse, Gegner entstanden sind. Aber schließlich könne man froh sein, diese rücksichtigen Elemente los zu sein. (Weißall)

Alle weiteren Redner, auch der Vertreter der öffentlichen Beamten, äußerten sich in zumehmendem Sinne und verabschiedeten sich, neu zum Verbands zu halten. Es kommt auch wiederholt zum Ausdruck, daß die Pländer der neuen Organisation sich nach oben hin behaupten machen wollen, und auf dieselbe Stufe zu stellen und, wie die gelben Gewerkschaften, über die das bekannte Jizak aus der „Schlesischen Volkszeitung“ verlesen wird.

Ein Redner, dessen Namen wir nicht nennen wollen, obwohl ihm das jedenfalls sehr angenehm wäre, glaubte, sich vielleicht der Aufmerksamkeit der „Schl. Zeitung“ und sonstiger einflussreicher Stellen zu sichern, wenn er die „Volksmacht“ anempfohle. Er erwähnte sich in Hinblick auf seine Standesehre dagegen, daß an die Zeitung (wie allen anderen Zeitungen) Zusendungen, Einladungen gemacht würden, welche Entgeltung den Wünschen der ganzen Verammlung hervorrief. Von der Zeitung wurde diesem Herrn unter dem Vorwand der Verammlung ausgesetzt, da er sich durch verhandelschädigendes Treiben sehr unheimlich bemerkbar mache, doch so bald wie möglich aus dem Verbande auszutreten.

Zum Anschluß an diesen Zwischenfall kommt noch die nachfolgende Resolution zur Annahme:

Der außerordentliche Bezirksstag der mittelschlesischen

### Aus aller Welt.

**Menschenwürde im Militärdienst.** Vor dem Oberkriegsgericht in Soblenz stand der Unteroffizier Schwarze vom Infanterieregiment Nr. 30, weil er am 15. Juni in einer Parade auf dem Übungsplatz das Ehrenornament eines Soldaten gewonnen hat, abgehandelt, ein schmutziges Wasser zu trinken. Zu diesem Vergehen gegen eine auf einer hohen stehende Wasserleitung, schloß er hatte, jedoch der Jubel verleitete wurde. Der Soldat kam dem Befehl erst dann nach, als dieser ihm zum dritten Male gegeben wurde und der Unteroffizier ihm zur Aufmunterung einen Schlag ins Gesicht versetzte. Der Soldat nahm den Mund voll von dem Schmutzwasser, stieß sich aber darauf, daß er es sofort ausließe, und trat sich krank melden mußte.

Das Kriegsgericht hatte den „Ehrenverleiher“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtsherr verlangte mit einer Prämisse Härte Beförderung und Degradation. Das Oberkriegsgericht war aber nicht der ersten Instanz der Ansicht, daß der Angeklagte sich weiter zum Vorzugsten eignete; denn es verwarf die Verurteilung.

**Fünf Arbeiter bei einem Erdbeben verunglückt.** Aus Sülze (H. Ansbach) wird gemeldet: Bei den Brückenbauarbeiten in der Nähe der Station Sülze fand in der vorgestrigen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr ein Erdbeben statt, bei dem zwei Arbeiter verunglückten. Der eine war sofort tot, während der zweite sehr schwere Verletzungen erlitt. Bei den Rettungsarbeiten erfolgte ein zweiter Erdbeben, bei dem drei weitere Arbeiter von den herabstürzenden Erdmassen getroffen und schwer verletzt wurden.

**Unfall beim Wetterziehen.** Ein Winger in Großwardein, der in den hiesigen Weinbergen Hagelwolken durch Wetterkanonen schiffe vertreiben wollte, brachte durch Unvorsichtigkeit dreißig Kilogramm Schießpulver zur Entzündung. Dabei gingen die Kleider von vier Mädchen Feuer. Zwei von ihnen erlitten so schwere Brandwunden, daß sie halb darauf starben. Die beiden anderen sind lebensgefährlich verletzt.

**Ein russischer Dampfer verflohen.** Große Besorgnis regt man in russischen Schiffsfahrtskreisen über das Schicksal des

Bezirksverwaltung des deutschen Technikerverbandes protestiert gegen die, einer tendenziösen Zerschlagung der öffentlichen Meinung dienende Verichterstattung der „Schlesischen Zeitung“ über den Verbandstag des deutschen Techniker-Verbandes und anderen Vorgängen in der Techniker-Bewegung.

Der Bezirksstag weist die unter der Ueberschrift „Spaltung im deutschen Techniker-Verband“ in der „Schlesischen Zeitung“ vom 11. 7. 1912 erschienenen Angriffe mit aller Energie zurück. Der Bezirksstag sieht in dieser Art Verichterstattung eine demagogische Einwirkung auf die im öffentlichen Dienst beschäftigten technischen Beamten und Angestellten, gegen die die schärfste Selbstkritik geboten ist. Deshalb fordert der Bezirksstag die technischen Angestellten auf, aus dieser Verhandlung ihrer Drohmöglichkeiten die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Nach Schluß der zustimmenden Aussprache wurde noch nachstehende Entschließung mit allen gegen vier Stimmen angenommen:

Der außerordentliche Bezirksstag der mittelschlesischen Bezirksverwaltung des deutschen Technikerverbandes begrüßt die Beschlüsse des 21. Verbandstages in Köln als einen Fortschritt in der Organisation des Technikerstandes. In den neuen Satzungen und Leitsätzen zur Durchführung des Verbandsprogramms erblickt der Bezirksstag eine klare, zeitgemäße Festlegung der Verbandsintentionen, zu denen er sich im vollen Umfange bekennt.

Der Bezirksstag bedauert die ablehnende Haltung der Delegierten der mittelschlesischen Bezirksverwaltung auf dem Verbandstage, die in keiner Weise der heutigen Auffassung der Mehrheit der Bezirksverwaltung entspricht.

Der Bezirksstag verpflichtet den neuen Bezirksvorstand, mit aller Energie für die Durchführung der Köhler-Verbandsprogramm-Verwirklichung einzutreten und erwartet von den Kollegen, die sich mit ihrer Auffassung in der Minderheit befinden, so viel Verbandsdisziplin, daß sie sich dem Votum der großen Mehrheit des Verbandes fügen und ihre dem Interesse des Technikerstandes zuwiderlaufende Tätigkeit einstellen.

In den darauf folgenden Wahlen wurde Herr Kaufmann in Breslau zum 1. Vorsitzenden gewählt. Herr Kaufmann hielt dazu einen sehr belehrenden Vortrag über: „Die Wahlen zu den 7. Traanen der Angestelltenversicherung“, der trotz der langen Tagung das lebhafteste Interesse der Anwesenden erweckte.

**Todessturz eines Breslauer beim Fliegen.** Aus dem Flugfeld in Töberitz bei Berlin ist der Sergeant Karl Pachmann, der zur Versuchsgruppe kommandiert war und bei der Fliegerabteilung Unterricht nahm, mit einem von ihm geleiteten Albatros-Torpedofluger abgestürzt und schwer verletzt worden. Er gehörte dem Breslauer Feldartillerieregiment Nr. 6 an und meldete sich freiwillig zum Dienste in der Fliegerabteilung, um sich zum Militärpiloten auszubilden. Am Dienstag sollte er das Pilotenexamen ablegen. Im ersten Augenblick schien es, als wäre der Zustand des Verletzten nicht allzu besorgniserregend; doch am Nachmittag verlor Pachmann das Bewußtsein. Der Verletzte blieb bewußtlos, bis ihn Freitag nachmittag der Tod von seinen Qualen erlöste.

**Von der Grünsicher Rennbahn.** Der am Sonntag von der Vereinigung Breslauer Rennfahrer veranstaltete Volkslauf mit billigen Eintrittspreisen war gut besucht und verlief im allgemeinen recht interessant, obwohl diesmal „die ersten Nummern“ fehlten und der einzige ernsthafte Konkurrent um den Breslauer Sommerpreis, ein Rennen über 50 Kilometer hinter Motoren, Paul Thomas, durch einen Unfall so gut wie abgetan war. Das Rennen über 50 Kilometer, das in zwei Längen über 30 und 20 Kilometer ausgetragen wurde, gewann als erster Wejemann, zweiter resp. dritter wurde Buchmann bzw. Hans Moskwa, letzter Thomas. Buchmann und Moskwa führten tapfer und Thomas hatte einen Unfall sicher große Mühe gehabt, die fünf Vorkaberunden einzuholen. Den Preis vom Schillerplatz, fünf Minuten, holten sich Rosemann, Taunig und Stephan. Das Prämienfahren über 7 1/2 Minuten gewann Max Lananger als erster. Mit 100 Meter Vorsprung wurde im Vorkaberfahren über vier Minuten Max Rogera erster. Max Lananger mit 80 Metern holte sich den zweiten und Erich Stephan mit 20 Metern Vorsprung den dritten Preis. Den Schluß des Rennens bildete ein Entschädigungsfahren über drei Minuten, offen für Nichtplatzierte. Mit dem Verlauf aller Rennen kann die Vereinigung Breslauer Rennfahrer vollzufrieden sein.

**Beitragung von Tierkadavern.** Der hiesige Polizeivorstand verweist auf das Reichsgesetz über die Beiseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911 und die hierzu erlassenen Ausführungs-Vestimmungen, wonach u. a. folgendes bestimmt wird: Von jeder nicht zu Schlachtzwecken benutzten Stutze und von jedem Fellen von Pferd, Esel, Maulquers, Maulquers, Tieren des Hundgeschlechts, Schweinen, Schafen und Ziegen — ausgenommen Saugfelle, Schaf- und Ziegenlammern unter 6 Wochen, sowie Einhuferkalben und Kälber unter 3 Wochen — hat der Tierbesitzer oder der Vertreter des Tierbesizers, der Ort oder Schäfer spätestens am Tage nach dem Tode des Tieres Anzeige zu erstatten.

Einer Anzeige bedarf es nicht, wenn Vieh auf polizeiliche Anordnung getötet worden ist. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen können nach § 5 des Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft geahndet werden. Die oben erwähnte Anzeige ist nach einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten

Seandampfers „Alschinow“ der Freiwilligenflotte, der vor längerer Zeit Wladivostok mit zahlreichem Passagieren an Bord verlassen hat. Man hält den Dampfer für verloren, da bisher alle Nachforschungen vergeblich sind.

**Das lästige Teufel.** Stefan Emding, der große nordische Bildhauer, ist auch der Schöpfer eines Witzensons- und eines Pfendensons, die beide vor dem Nationaltheater in Christiania stehen. Indessen hat sich das Publikum mit diesen Werken des Meisters niemals befreunden können, und es war schon mehrfach vorgeschlagen worden, die Skulpturen zu entfernen. Jetzt bietet sich endlich für die handbaren Kunstwerke in Christiania die Gelegenheit, die „Steine des Unstoffs“ los zu werden. Carl Jacobsen, ein bekannter dänischer Brauereibesitzer, Millionär und Mäcen, hat sich nämlich bereit erklärt, die beiden Denkmäler selbst zu übernehmen. Und es scheint, daß die Stadt Christiania ihm tatsächlich jene Werke Emdings verkaufen oder gar schenken wird. Dabei spricht noch eine besondere Antipathie gegen den Bildhauer, die daher rührt, daß er sich mit der in Norwegen geradezu allmächtigen Familie Björner verfeindet hat. So hat denn tatsächlich Björn Björner, der Sohn des Dichters, kürzlich einen Artikel im „Morgenblatt“ veröffentlicht, in dem er empfiehlt, Jacobsen die Denkmäler zu überlassen. Bei dieser Gelegenheit erinnert er daran, daß sein Vater, als er sich einmal eine abfällige Kritik gegen Emding erlaubte, von diesem eine recht grobe Antwort erhalten hat. „Seine Erwiderung an meinen Vater“, schreibt Björner, „war ein Zehrfuß, der auf einer Höhe stand mit den vielen anonymen Briefen, die mein Vater alljährlich zu erhalten pflegte. Das Schreiben schloß mit den Worten: „Nimm Dich in acht, Björner, daß die Nachschickung, die Du dereinst mirst ablegen müßest, Dir nicht zu groß wird!“

**Der gewöhnliche Ire.** Ein großer Ire trägt eine Leiter durch die von einer dichten Menge erfüllten Straßen von London und hat dabei das Vieh, die Spiegelchen eines Schaufensters eingeworfen. Sofort setzt er seine Leiter hin und läuft davon; aber der Ladeninhaber hat ihn gesehen, kürzte hinter ihm her, und da er der bessere Käufer ist, packt er ihn bald beim Kragen. „Sehen Sie her“, ruft der Kaufmann, nachdem er den Iren wiehergenommen. „Sie haben meine Fensterläden zertrümmert!“ „Freilich habe ich“, stimmt ihm der Ire zu, „sehen Sie denn nicht, wie ich nach Hause renne, um Geld zu holen, damit ich den Schaden bezahlen kann!“

denken an die Städtische Kadaver-Vernehmungsanstalt in Breslau-Böpelwitz zu richten. Es kann den Tierbesitzern zu ihrem eigenen Vorteil nur empfohlen werden, die Angelegenheit nach dem Tode des Tieres und möglichst unter Benutzung des Fernspreches (Nr. 2458) zu machen. Hierzu wird noch ausdrücklich bemerkt, daß auch Tiere, deren Fellen oder Lämmer nicht angelegt zu werden braucht — wie z. B. Hunde und Katzen — den Bestimmungen des obigen Gesetzes unterliegen. Auch Kadaver dieser Tiere sind unschädlich zu beseitigen, dürfen (abgesehen vom Fall der ordnungsmäßigen Schlachtung) also nicht zum Genuß verwendet werden.

**18. Kongress des deutschen Schachbundes.** Am Sonnabend erlitt Dr. Larrasch eine Niederlage gegen den jungen Böhmischen Terebal. Die übrigen Spiele hatten folgendes Ergebnis: Als Angiehende gewonnen Rubinstein gegen Walla, Duras gegen Lomsky, Mieses gegen Carls und Przejorska gegen Spielmann. Im Nachzug siegte Marshall über Cohn. Remis wurden die Partien Schlechter-Teichmann und Lewitzky-Burn, Tie Partie Przejorska-Wallas kam nicht zu Ende.

Der Stand nach der zwölften Runde ist nun folgender: Teichmann 8 1/2, Rubinstein 8 + 2 Pängepartien, Dr. Larrasch 8 + 1 P., Marshall, Schlechter 8, Duras 6 1/2 + 1 P., Przejorska 5 1/2 + 2 P., Lewitzky 5 1/2 + 1 P., Burn, Cohn, Mieses, Przejorska 5 1/2, Przejorska 5 + 1 P., Spielmann 5, Carls, Terebal 4 1/2, Lomsky 3, Walla 2.

### Aus dem Landkreis.

**Die Maul- und Klauenseuche** geht langsam zurück. Mitte Juli waren immer noch, wie die „Schl. Zeitung“ meldet, über tausend Gehöfte verpöcht, gegen 1357 am 30. Juni und 2033 am 31. Mai. 25 Regierungsbezirke des Reiches waren seuchenfrei, darunter auch Oberschlesien. Erfreulich gering ist die Zahl neuer Infektionsstellen. Ostpreußen wies in der ersten Monatshälfte keine, Westpreußen und Pommern, sowie Mittel- und Niederschlesien nur je einen neuen Fall von Verschleppung auf. Tageren wurden in den Bezirken Erfurt, Kassel, Lothringen und vor allem Bayern noch zahlreiche neue Seuchenausbrüche gemeldet. In sämtlichen bayerischen Bezirken sind noch Herde vorhanden. Im ganzen waren am 15. verpöcht 43 Distriktsverwaltungsbezirke (davon 7 neu), und 76 Gemeinden (davon 19 neu), und 227 Gehöfte (davon 93 neu). Auch in den Nachbarländern geht die Seuche allmählich zurück. Oesterreich-Ungarn zählte am 17. d. M. nur 318 alte Herde ohne Neuneubungen, die Schweiz 73 neue Fälle bei 4217 am 30. Juni und Frankreich steht noch mit ungefähr 500 Gehöften im Seuchenregister, während Italien von dem hohen Stand Ende Mai (3182) Fälle bei der letzten Meldung Mitte Juni nur 46 neue Ausbruchstellen zu verzeichnen hatte.

**Städt. Gemeinde-Vertreter-Sitzung.** Am 26. Juli tagte bei Grünast eine Sitzung der Gemeinde-Vertreter, die über die Eingemeindungsfrage und den Bau einer Reichenhalle zu verhandeln hatte. Die Vertreter waren bis auf Herrn Schulz, der durch Arbeit verhindert war, vollständig erschienen. Zur Eingemeindungsfrage hatte die gewählte Kommission in einer Sitzung die Bedingungen noch einmal genau aufgestellt und sie standen nun zur Debatte. Dabei ging es teilweise etwas sehr erregt zu und es führte sogar so weit, daß der Herr Vorsteher seine Amtsgebäude eine geraume Zeit seinem Stellvertreter übertrug und das Zimmer verließ. Unter den Bedingungen befand sich nämlich der Absatz: „Bei einer eotl. Eingemeindung den Gemeindevorsteher, Gemeinbediener, sowie den Reichsbeschauer in städtische Dienste zu nehmen.“

Bei dieser Gelegenheit sollte nun für den Gemeindefreiber ebenfalls eine Lunge gebrochen werden, um auch für ihn vom Magistrat etwas herauszuholen. Da der hiesige Gemeindefreiber aber nicht aufseher von Nahrungsfragen bedroht ist (er ist nämlich evangelischer Hauptlehrer am Orte), weiterte sich Herr Winkler, eine entsprechende Entscheidung unter die schriftlichen Bedingungen aufnehmen und erklärte, lieber als Vorsteher der Gemeinde auf keine Übernahme zu verzichten. Nachdem sich die Gemüter wieder beruhigt hatten, wurde dann von den in der Vertretung sitzenden Gastwirten noch einmal das bekannte Lied über den Geschäftsrückgang gesungen. Darauf stimmte man folgenden Bedingungen zu, über welche die Kommission mit dem Magistrat verhandeln soll:

1. Volkkanalisation und Wasserleitung innerhalb 18 Monaten nach Inkrafttreten des Eingemeindungsgesetzes, sowie Beiseitigung der in unmittelbarer Nähe des Dorfes liegenden Abfallfelder in angemessener Frist.
2. Städtische Steuern dürfen erst nach Erfüllung dieser Bedingungen erhoben werden.
3. Übernahme des Gemeindevorsteher, Gemeinbedieners sowie des Reichsbeschauers in städtische Dienste. Weitere im Laufe der Verhandlungen sich noch ergebende Wünsche behalten wir uns vor.
4. Schlachthofswang soll erst zehn Jahre nach der Eingemeindung in Kraft treten. (Angeblich im Interesse der Kleinschlachter. S. B.)
5. Dieser Absatz behandelt die Interessen der Gastwirte und sollte wegen seiner Länge nicht niedergeschrieben werden.
6. Die Gemeinde erwartet innerhalb Jahresfrist einen bindenden Bescheid der städtischen Körperschaften über Annahme oder Ablehnung der hier gestellten Bedingungen und hält sich an dieselben nur bis zum 1. Januar 1916 gebunden.

Wo bleibt die Verlegung der Zahlgrenze bei der Straßenbahn? Zum zweiten Verhandlungsgegenstände lagen zwei Pläne vor, einer von der Firma Francke mit 3000 Mk. Kosten, der andere von Veier u. Kunert mit 2998,10 Mk. Trodem der Franckesche Plan warm empfohlen wurde, verlegte man diese Entscheidung über die Reichenhalle noch einmal, um zu erfahren, ob die mindesfordernde Firma bereit ist, für denselben Betrag eine Unterfütterung des Gebäudes vorzunehmen.

**Pavariere Oberbahn.** Freitagabend, gegen 7 Uhr, stieß ein der Meberei Josef Schallscha, Breslau, gehörige Bille, die talwärts mit einer Ladung Kohle fuhr, an einen vor Unterliegenden eisernen Kahn. Die Bille wurde sofort led, doch gelang es durch Unterziehen des Seegels und notdürftiges Dichtmachen des Lecks, das Fahrzeug über Wasser zu halten. Die Ladung wird jezt in ein anderes Fahrzeug übergeladen.

**Sandberg.** Beim Rettungsweck ertrunken. Sonntag Nachmittag gegen 4 Uhr badete in der Ober, etwa 200 Meter unter der Landungsbrücke von Sandberg, ein Ehepaar. Die Frau geriet plötzlich zu tief ins Wasser und ging unter. Das beobachtete der Werkmeister Gust. Richter, der in Breslau, Bergstraße 2 wohnt. Er sprang der Frau sofort hilfsbereit nach, um sie zu retten, kam aber dabei selber ums Leben. In ihrer Todesangst klammerte sich nämlich die Frau an ihren Reiter so fest an, daß er unterging und ertrank, während es einem zweiten Manne gelang, die Frau zu retten. Wie uns noch mitgeteilt wird, hat sich der Gemann an dem Rettungsweck nicht beteiligt. An der Unglücksstelle ist bereits vormittags ein junger Mann beim Baden ertrunken.

**Rosenhal.** Die Mitgliederversammlung am Sonnabend war nicht gut besucht. Nur 18 Genossen und keine Gnossin hatten sich eingefunden. An die Rebe des Genossen Dronsky schloß sich keine weitere Aussprache. Zur Kreisversammlung wurden zwei Genossen delegiert. Eine längere Debatte rief die Vertichterstattung hervor. Es wurde gewünscht, daß jeder Genosse möglichst an einer raschen und sicheren Vertichterstattung mitarbeiten solle. Der monatliche Zahlabend soll vorläufig auf den Dienstag nach dem 16. d. Mts. verlegt werden.

**Ostschin.** Die Gemeindevertreter-Sitzung wird Mittwoch, den 31. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Wohnung des Gemeindevorstehers abgehalten.







## Jahresbericht

des

### Sozialdemokratischen Vereins Breslau

über die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juli 1912.

Ein Kampfsjahr in des Wortes wahrer Bedeutung liegt hinter uns, ein Jahr, dessen Kämpfe uns offen in die Erscheinung tretende Erfolge gezeitigt haben. Die wichtigsten politischen Aktionen des vergangenen Jahres waren die Landtags- und Reichstagswahl; daneben wurde der Kampf geführt gegen die preussische Dreiklassenwahl und gegen die Raubpolitik des schwarz-blauen Blocks. Der Kampf gegen die Gleichgültigkeit der Massen wird künftig noch mit weit größerer Anspannung der Kräfte geführt werden müssen. Heftigere Kämpfe erfordern aber auch eine gut gefüllte Kriegskasse. Dessen müssen wir stets eingedenk sein!

Im großen und ganzen ist das Ergebnis des vergangenen Jahres als befriedigend zu bezeichnen, trotz vieler behördlicher Schwierigkeiten. In den Einzelkapiteln unseres Berichtes werden wir nachweisen, wie unsere Feinde uns oft erst Ursache gegeben haben, größere Bewegungen zu veranstalten. Besonders die Polizei und die Gerichte halten in Breslau durch ihre Maßnahmen und Urteile die Massen in Bewegung. Wenn an einigen Stellen unseres Berichtes weniger befriedigende Resultate zu verzeichnen sind, haben wir manchmal einige kurze kritische Bemerkungen hinzugefügt, um darzutun, worauf die ungünstigen oder weniger günstigen Resultate zurückzuführen sind. Unsere Absicht ist dabei, Anregungen zu geben, wie die hier und da sich zeigenden Mängel vielleicht beseitigt werden können. Wir bitten deshalb, bei der Prüfung unseres Berichtes dies wohlwollend zu beachten immer als Voraussetzung zu betrachten. In der

### Gliederung unserer Organisation

Im gegenüber dem Vorjahre keine Änderung eingetreten. Um teils schlagfertig darzustellen, haben wir die Stadt Breslau in 19 Distrikte und bezüglich 200 Bezirke eingeteilt, und Genossen gewählt, die sowohl die Beiträge von den Mitgliedern abholen, die auch bei Flugblattverbreitungen, „Volkswacht“ und Mitglieder-Agitation, Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen usw. dafür sorgen, daß es an nichts fehle. Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Frage einer gründlichen Statuten-Änderung, mit Einführung des Vertreter-Systems lebhaft beraten. Das neue Statut ist am 1. Juli 1912 in Kraft getreten. Somit wird uns das bevorstehende Berichtsjahr eine wesentliche Veränderung bringen, die hoffentlich zum Vorteil unserer Organisation ausfällt. Denn in unserer Vereinigung und ihrem Ausbau liegt die Zukunft, die uns alles erreichen läßt.

Im Vorstand unseres Vereins gab es in der Berichtszeit keine Veränderung, er setzte sich wie folgt zusammen:

- Vorsitzender: Th. Müller,
- Rassierer: W. Bese,
- Schriftführer: R. Hermann,
- Beisitzer: Fr. Rasch,
- Beisitzerin: C. Neukirch,
- Beisitzerin: R. Hoffmann,
- Beisitzerin: Bertha Sawatsch.

Sehr wichtig ist die

### Mitglieder-Bewegung

Wenn wir im vorjährigen Jahresbericht nachweisen konnten, daß sich die Entwicklung unseres Vereins in aufsteigender Linie bewege, so hatten wir uns keiner Täuschung hingeben, denn in diesem Jahre schließen wir wieder günstig ab. Die Mitgliederbewegung zeigt uns folgendes Bild:

1900:	891	1906:	7487
1901:	1310	1907:	6049
1902:	1280	1908:	6426
1903:	1840	1909/10:	8137
1904:	2260	1910/11:	9075
1905:	4273	1911/12:	10024

Somit ist das erste Zehntausend überschritten, ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte unserer Parteiorganisation. Doch ist noch viel nachzuholen; unsere Mitgliederzahlen stehen in keinem Verhältnis zu den 47.351 sozialdemokratischen Stimmen, die bei der Reichstagswahl 1912 in Breslau-Ost und West abgegeben wurden. Auch die freien Gewerkschaften zählen in Breslau Ende 1911 30.034 Mitglieder. Da nach Abrechnung von 1659 weiblichen Mitgliedern 8465 männliche Mitglieder übrig bleiben, ist also erst knapp der fünfte Teil der sozialdemokratischen Wähler politisch organisiert. Auf die einzelnen Distrikte verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

Nr.	Distrikt	Platz	Mitgliederzahl
1	Gabls		221
2	Sauerbrunnen		310
3	Gräbshener Vorstadt, südl.		426
3a	"	nördl.	308
4	Nikolaitor		588
5	"		673
6	"		818
7	"		182
8	Edertor		316
8a	"		289
9	"		205
9a	"		51
10	Sandtor		397
11	"		355
12	Scheitniger Vorstadt		450
13	"		293
14	Dhlauer Tor		633
15	"		128
15a	"		75
16	Sireglener Tor		298
16a	Bobrauer Tor		198
17	Schweidnitzer Tor, südlich		188
17a	"	nördl.	144
18	Innere Stadt, östlich		175
19	"	westlich	240
Im Parteisekretariat bezahlet			299
Zusammen			8465 1659

Wenn jedes Parteimitglied seine Pflicht tut, ständig agitiert und neue Mitglieder anwirbt, muß unsere Organisation bald die ihr gebührende Stärke aufweisen.

Eine Stütze in der hiesigen Arbeiterbewegung ist durch die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie ausgefüllt worden, die im Berichtsjahr wieder 43 Personen, darunter 8 weibliche, durch Tote ausblieben ließ. Dester schon sind unsere Arbeiter-Samaritaner bei Versammlungen und sonstigen großen Veranstaltungen in tüchtiger Tätigkeit getreten. In

### Sitzungen und Versammlungen

Im Berichtsjahr fehlte der Vorstand allein hielt 28 ab, Vorstand und Distriktsführer zusammen hatten 16 Sitzungen. Sämtliche Distrikts- und Bezirksführer wurden zweimal zusammengeführt; auch gab es Zusammenkünfte der Funktionäre einzelner Stadtteile. In einzelnen Distrikten tagten öfters Sitzungen auch außerhalb der Zahlabende. Genosse Müller wurde in seiner Eigenschaft als Vorsitzender zusammen 808 Sitzungen und Versammlungen besuchen; der Kassierer, Genosse Hermann, mußte an 161 Veranstaltungen teilnehmen.

Wichtigste Versammlungen sind erst abgehalten worden. Darunter sind eine Generalversammlung und zwei außerordentliche Generalversammlungen. Aus ihnen ist hervorzuheben, daß sich am 27. Juli eine Generalversammlung mit den Jahresberichten des Vorstandes, des Bildungs-Ausschusses und der Prekonmissionen beschäftigte. Eine wesentliche Debatte entfaltete sich nur über den Bericht der Prekonmissionen. Eine am 31. Juli abgehaltene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich mit dem bevorstehenden Parteitag in Jena. Genosse Müller hielt das einleitende Referat. Nach längerer Debatte wurden die folgenden Anträge angenommen.

1. Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: Die auswärtige Politik Deutschlands.

2. Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, vom Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Mitteilungschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird. Eine solche kurzgefaßte Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeitern auch die kleinen Bauern und Stiefenbesitzer gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die aus wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Sozialisten gehören, werden in Wahlzeiten aber von den konservativen und liberalen Vorführern des kapitalistischen Klassenkampfes als dessen natürliche Bundesgenossen rekrutiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgebracht. Eine solche Schrift muß neben einer überzeugenden Darstellung der landwirtschaftlichen Wirkungen unserer Agrarpolitik auch für den landwirtschaftlichen Kleinbesitzer eine kurze, klare Erklärung unserer Programmforderung der Bodenverstaatlichung enthalten. Zu Kandidaten für den Parteitag wurden die Genossen Müller, Schiller, Schramm und Tike bestimmt, von denen die Genossen Müller und Tike zu Delegierten gewählt wurden. Eine Mitglieder-Versammlung, die am 21. September tagte, beschäftigte sich mit unserer Parteitagsgesandtschaft. Es kam dabei, daß beschlossen wurde, die Prekonmission neu zu wählen und gegen den Geschäftsführer Schramm ein scheidungsgerichtliches Verfahren einzuleiten. Am 28. September, erhalteten die Genossen Tike und Müller den Bericht über den Parteitag in Jena, auch wurde die Neuwahl der Prekonmissionen vorgenommen.

Mit der Landtags- und Reichstagswahl beschäftigte sich eine Mitglieder-Versammlung am 16. Oktober, die nach einem Referat des Genossen Lohs beschloß, bei einer Stichwahl für die Wiederwahl des liberalen Dr. Ehlers einzutreten. Für den ersten Wahlgang wurde Genosse Lohs als Abgeordneter-Kandidat bestimmt. In Genosse Schick wegen Krankheit seine Reichstagskandidatur für Breslau-Ost niederlegte, beantragte eine Mitglieder-Versammlung am 8. November den Genossen Gustav Bauer aus Berlin mit der Kandidatur. Am 20. November wurde zunächst der Ausfall der Landtags- und Reichstagswahl von einer Mitglieder-Versammlung mit großem Erfolg aufgenommen. Darauf hielt Genosse Dars einen Vortrag über die Revolution in China. Ferner wurde ein Wahlkomitee zur Reichstagswahl gewählt. Dieses Wahlkomitee berichtete in einer Versammlung am 1. März über die Reichstagswahl in Breslau; es erzielte vollste Zufriedenheit für die geleistete Arbeit. Genosse Rasch berichtete noch über den Neubau des Gewerkschaftshauses. Der Sozialdemokratische Verein bewilligte einen Anteil von 1000 Mark zum Baufonds des Gewerkschaftshauses. Zwei außerordentliche Generalversammlungen, die am 18. April und 5. Mai tagten, brachten unserem Verein eine gründliche Veränderung der Satzungen. Nach Vorträgen des Genossen Neukirch wurde ein neues Statut beschlossen, das am 1. Juli 1912 in Kraft getreten ist und die Einführung des Vertreter-Systems enthält. Am 13. Juni erhalteten in einer Mitglieder-Versammlung Genosse Lohs den Bericht des Bildungs-Ausschusses über die Zeit vom 1. Juli 1911 bis Ende Juni 1912. Dabei wies Genosse Wiener auf die Bedeutung einer zentralen Bibliothek hin, an deren Errichtung nach dem von unserer eigenen Seite gedacht werden mußte. Genosse Neukirch hielt einen Vortrag über die modernen Konsumgenossenschaften. Dann wurde ein Wahlkomitee für die Stadtverordneten-Wahlen im Herbst 1912 gewählt.

Im Anschluß an den Vortragskursus des Genossen Linder bildete sich am 1. August ein Les- und Diskussionsklub, der sich in wöchentlichen Diskussionsabenden mit der Erörterung unserer Parteiprogramme beschäftigte. Er bewährte sich jedoch nicht, wie allgemein erwartet wurde, deshalb löste sich der Klub nach einigen Wochen auf.

### Gedächtnis-Festern.

Am 11. Juli verstarb das älteste Mitglied unseres Vereins, der Zeitungserleger Louis Cohn, im Alter von fast 90 Jahren. „Papa Cohn“ war ein alter Achtundvierziger, der während vieler Jahre seines Lebens in unserer Bewegung tätig war. Mit Zustimmung der Angehörigen und mit Genehmigung der israelitischen Friedhofverwaltung wollte Genosse Lohs in der Leichenhalle eine Gedächtnisrede halten. Kaum hatte er einige Worte gesprochen, als der Volksemissar Neukirch in Uniform hinter dem Altar hervortrat und dem Redner das Wort entzog. Durch dieses Eingreifen hat aber die Polizei unseren Alten keinen Nachruf nicht nehmen können. Einige Tage später tagte in einem großen Garten in der Osterstraße eine riesig besuchte Massen-Versammlung, in der Genosse Lohs den nun politisch nicht mehr fahbaren Nachruf hielt. Das Andenken unseres Vorkämpfers Ferdinand Caspalle wurde an seinem Todestage wie üblich geehrt, indem Kränze auf seinem Grabe niedergelegt wurden. Auch der Verbandsrat der Transportarbeiter, der in Breslau Wauern tagte, stattete vollständig unserem großen Toten einen Besuch ab und legte einen prächtigen Kranz auf seinem Grabe nieder. Bei der Beerdigung des Genossen Stolpe in Görlitz war unser Verein durch den Genossen Bese vertreten, der dem verstorbenen Parteifreunde einen Kranz widmete. In der Gedächtnis-Versammlung am 18. März hielt Genosse Dars die Rede. Die Arbeiterkammer trug beim Beginn, und zum Schluß der Feier stimmungsvolle Lieder vor.

Im Berichtsjahr wurden

### 12 Zahlabende

abgehalten, und zwar jeden zweiten Montag im Monat:

am 10. Juli	in 30 Lokalen mit	997 Besuchern
14. August	26	1021
11. September	32	924
9. Oktober	30	1684
18. November	30	1091
11. Dezember	26	1001
8. Januar	24	1298
12. Februar	28	1102
11. März	29	1014
15. April	29	1003
13. Mai	23	987
10. Juni	27	1104

Im Durchschnitt kommen also auf einen Zahlabend 1055 Besucher. Der Zahlabend im Monat Januar war nur den Arbeiten für die Reichstagswahl gewidmet; in allen anderen Zahlabenden wurden belehrende Vorträge gehalten. Dester

wurde in allen Zahlabendlokalen das gleiche Thema behandelt; meistens bildeten einzelne Programmpunkte die Grundlage der Vorträge. Die Zahlabende sind auch eine regelmäßige Zusammenkunft aller tätigen Genossen und Genossinnen geworden. Eine rege Tätigkeit ist auf dem Gebiete der

### Frauenbewegung

entfaltet worden; schöne Fortschritte in der Zahl der weiblichen Mitglieder sind der Erfolg. Die Leiterinnen der Frauenabende sind in sechs Sitzungen zusammengetreten; Frauenabend, von denen jeder 3 Versammlungen umfaßt, haben getagt am 21. August, 18. und 21. Oktober, 29. November, 19. Februar, 21. März, 22. April, 29. Mai und 17. Juni. In allen diesen Frauenabenden wurden ausführende Vorträge gehalten und zum Teil diskutierte man sehr eifrig. In 3 Frauenabenden behandelte man einheitliche Themen und zwar über „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, „Lebensmittelsteuer und Warensteuer“, „Die Frauen und die Gemeindepolitik“. Auch die übrigen Vorträge betrafen politische Fragen und Forderungen der Frauenbewegung, die für unsere Genossinnen von Interesse sind. Erfreulich ist, daß sich immer mehr hiesige Genossinnen als Rednerinnen zur Verfügung stellen. So sprachen die Genossinnen Behrens, Friedländer, Gellert, Sawatsch, Pöfer und Seelinger. Die Mehrzahl dieser Rednerinnen ist in unseren Frauenabenden herangezogen worden. Auch in einer Anzahl öffentlicher Frauen-Versammlungen ist die Mitarbeit unter den Frauen und Mädchen gepflegt worden. So sprach am 30. Juli im Gewerkschaftshaus die Genossin Gertrud Hauer aus Berlin über die Frage: „Wie bringt unser Staat für hilflose Frauen?“ Anlaß zu dieser Versammlung war die Verhandlung der Frauen durch die neue Reichsversicherungsordnung. In einer Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, am 2. Oktober, erstattete Genosse Müller den Bericht über die Frauenkonferenz in Jena. Genossin Luise Ziegler aus Berlin sprach am 5. Oktober in einer öffentlichen Versammlung über „Leuerung und Hungerarmut“. In zwei Versammlungen sprach die Genossin Anna Salkow über „Mutter und Kind“ und „Frauenleiden und deren Verhütung“. Am 12. Dezember hatten sich die proletarischen Frauen und Mädchen im Gewerkschaftshaus zu einer imponenten Versammlung eingefunden, wo die Genossin Wally Zepke aus Berlin über die Stellung der Frau im öffentlichen Leben sprach. In einer wichtigen Kundgebung hatte sich der 12. Mai gehalten. Vermittags demonstrierten die Männer gegen den Parteitag im preussischen Landtag und nachmittags trafen die Frauen zu ihrem zweiten Sozialdemokratischen Fräulein zusammen. In dieser Fräulein-Versammlung sprach die Genossin Lily Braun aus Berlin.

Die hiesige Polizei verfolgte ebenfalls die sozialdemokratische Frauenbewegung. Sie wollte ermitteln haben, daß der Frauenabend am 19. Februar eigentlich eine öffentliche politische Veranstaltung sei, die angemeldet werden mußte. Deshalb schickte sie allen Vorstandsmitgliedern und den acht Leiterinnen dieses Frauenabends Strafmandate im Gesamtbetrag von 120 Mark. Das Schöffengericht sprach einige Angeklagte frei und ermäßigte damit die Höhe der Strafen auf 170 Mark. Diese Strafgebühren schneidet noch in zweiter Instanz. Termin ist auf den 17. September angesetzt. Die Genossin Neukirch, die in einem Frauenabend die hiesige Polizei beleidigt haben soll, wurde vom Schöffengericht zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein Mitglied in unserer Frauenbewegung ist die

### Kinderschutz-Kommission

deren Mitglieder ebenfalls mehrere Sitzungen abhielten. Auf diesem überaus schwierigen Gebiete, will es nicht recht vorwärts gehen. Wir waren bestrebt, die hier in Betracht kommende gesellschaftliche Materie unseren Genossen und Genossinnen bekannt zu geben, indem wir am Frauenabend und auch bei anderen Gelegenheiten einige Tausend Auszüge aus dem Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903, nebst den Adressen der Mitglieder der Kommission verteilen ließen. Auch brachte die „Volkswacht“ öfters Aufforderungen zum Schutz der Kinder unter Angabe der Adressen, wo die Beschwerden anzubringen sind. Leider aber betrachtete noch ein großer Teil der Arbeiter das Kinderschutzgesetz nicht als einen Fortschritt, den es tatsächlich bedeutet. Die Beschwerden, die den Mitgliedern unserer Kommission unterbreitet wurden, wurden unterteilt und auf Abhilfe gedrungen. Vorsitzende der Kommission ist die Genossin Emma Behrens, Theresenstraße 11, V. In sie und auch an die übrigen öfters bekannt gegebenen Genossinnen können Fälle ungelöster Kinderarbeit gemeldet werden.

### Volks-Versammlungen.

Wegen der Reichstagswahl sind in diesem Jahre besonders viele Volksversammlungen abgehalten worden. Doch auch sonst boten Vorgänge im politischen Leben öfters Gelegenheit, in großen Versammlungen Auffklärung zu schaffen oder Kundgebungen zu veranstalten, die den Willen der Massen unzweifelhaft erkennen ließen. Der sterbende Reichstag und das verweigerte Wahlerrecht lautete das Thema, worüber am 16. Juli der Reichstagsabgeordnete Fritz Kunert aus Berlin in einer Massenversammlung im Garten der „Stadt Eden“ sprach. Wichtige Kundgebungen gegen den Marokkorummel und die Kriegsscheiter bildeten drei Versammlungen, die am 16. August in Breslau tagten. Redner waren die Genossen Veruße, Müller und Schick, die über das Thema: „Marokko - ein Weltkrieg?“ sprachen. Im Garten und im Saale der „Harmonie“ in Gräbshen tagten am 27. August zwei Versammlungen, wo die Genossen Reichstagsabgeordneter Noske aus Chemnitz und Müller über den Aufmarsch zu den Reichstagswahlen referierten. Reichstagsabg. Robert Schmidt aus Berlin sprach am 1. September im Gewerkschaftshaus über „Das Zentrum und die Reichsversicherungsordnung“. Am 12. November stellte sich der neue Reichstagskandidat für Breslau-Ost, Genosse Gustav Bauer aus Berlin, im Gewerkschaftshaus in einer Versammlung vor. Er sprach über den Wahlkampf in Breslau-Ost, nach ihm Genosse Müller über den Tripolskrawall der italienischen Mächte. Am 3., 1., 5., 6., 7. und 8. Dezember sprach Genosse Bauer in Wählerversammlungen des Distriktes und an denselben Tagen Genosse Bernke in Wählerversammlungen des Westkreises. In Stelle des durch Krankheit verhinderten Genossen Rich. Fischer in Berlin sprach Reichstagsabgeordneter Korb, Schmidt aus Berlin im Gewerkschaftshaus am 17. Dezember über die Frage: „Wer wählen wir?“ Eine Neujahrsüberragung für die Breslauer Polizei brachte der 1. Januar. Für eine Versammlung im Gewerkschaftshaus war Gen. Böhler aus Straßburg als Redner angekündigt. An seiner Stelle war ein „Freund aus dem Süden“ angekommen, der nun eine Rede hielt. Als unser Redner in Sicherheit gebracht worden war, leitete Genosse Lohs unter Beifallsstürmen mit, daß der Redner der österreichische Reichstagsabgeordnete Fock aus Troppau gewesen sei, dem unsere Polizei schon früher in Breslau das Sprechen verboten hatte. Am 5. und 7. Januar sprach der Landtagsabgeordnete Paul Kirsch aus Charlottenburg über die Reichstagswahlen, während am 8., 9., 10. und 11. Januar die Genossen Bauer und Bernke in ihren Wahlkreisen zu den Wählern redeten. Zur Stichwahl im Distrikt sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Sökelum aus Berlin im „Reinigungsraum“ und in der „Küstenstraße“, auch Genosse Pöfer referierte in einigen Versammlungen. Eine große Protestversammlung gegen die vollzogene Franzosen-Verfolgung und

die Postzeit im Frauenabend brachte der 29. Februar, mehren waren Genosse Neukirch und die Genossin Zellinger. Mit der neuen Wehrvorlage beschäftigten sich am 9. Mai zwei große Versammlungen. Redner waren die Reichstagsabgeordneten Bauer und Wobbert. Am 12. Mai tagte wegen des Vollzuges im brennlichen Landtage im Garten des „Verfallers“ eine sehr hart besuchte Demonstration. Versammlung, in der die Berliner Genossen Dr. W. D. Krellscheld und Dr. W. D. Wobbert als Redner auftraten. Unser rühmlicher Vikarissenschüler veranstaltete ebenfalls größere Versammlungen. Näheres ist aus dem besonderen Berichte zu erfahren. — Unsere Genossen und Genossinnen wurden öfters zu

#### Flugblatt-Verbreitungen

zusammenberufen, besonders wegen der Landtags-Ergebnisse und der Reichstagswahl. Es wurden insgesamt 99.750 Flugblätter und 11.000 Flugblätter unentgeltlich verteilt. Flugblätter wurden ferner wegen der im August eingetragenen Wiltchbersteuerung allgemein verteilt. Ebenso hatten wir mehrere allgemeine

#### Wahlrecht- und Mitglieder-Katationen,

die einige Tausend neuer Abonnenten und einige Hundert neuer Mitglieder brachte. Dann waren zu verschiedenen Zeiten die einzelnen Mittel der Presse neue Leser und dem Verein neue Mitglieder zuzuführen. Meistens half ihnen bei dieser Katation die sogenannte Stragende Kolonne. Eine Wahlkommission, die aus den Partei- und Gewerkschaftsgruppen zusammenlagte, hatte die Veranstaltung der diesjährigen

#### Wahlfeier

in die Hand genommen. Vormittags 10 Uhr tagte im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Volks- und Festversammlung, wo Genosse Seibold über die Bedeutung des Tages sprach. Am Nachmittag bereinigte ein gut besuchtes Garten-Fest im Kaiser Friedrich-Park zu Klein-Gandau die Wahlfeiern. Es bestand aus Konzert, Kinderbelustigungen und Tanz. Den Schluss des Festes bildeten abends hier Massen-Versammlungen im Gewerkschaftshaus, im Kronprinzen, im Verfallers und in der Wilhelmstraße. In diesen Versammlungen sprachen die Genossen S. L. K. Seibold, Seibold, Seibold und A. H. P. Die Versammlungen wurden durch Chorgesänge der Breslauer Arbeiterfänger eröffnet und geschlossen. Einige Unternehmer glaubten den Einbruch unserer Wahlfeier abzuwehren zu können, indem sie ihre Arbeiter auf einige Tage aussperrten, doch erhielten die Ausgesperrten ihre Unterstützung von ihren Berufsorganisationen und teilweise auch aus dem Reichstagsdienst, dem die Angehörigen der wachsenden Arbeiterbewegung ihren Tagesverdienst ablieferten, wenn sie am 1. Mai gefeiert haben.

(Schluß folgt.)

### Parteiangelegenheiten.

#### Zur Frage der Erweiterung der Parteileitung.

Schreibt Genosse S. Müller dem Parteivorstand im „Vorwärts“:

Die Vorlage über die Änderung des Organisationsstatuts, welche die in Jena eingesezte Kommission am 12. Juni veröffentlichte, hat in einem Teile der Parteipresse lebhaften Widerspruch gefunden, vor allem was die Reformierung der Parteileitung betrifft. Der Parteivorstand führte die Verfassung, der Kommission eine Vorlage zu machen. Sollte er es nicht getan, und wären dadurch die Beratungen langwieriger und unfruchtbarer geworden, wäre ihm sicherlich wieder der heilige Vorwurf mangelnder Initiative gemacht worden. Der Parteivorstand knüpfte in seiner Vorlage an das einzige Positive an, was auf dem Parteitag in Jena zur Reorganisation der Parteileitung in der Debatte geäußert worden war, und zwar vom Genossen Luard, der zur Begründung des Antrages 73 ausgeführt hatte, daß die politischen Führer der einzelnen Landesstellen an der Leitung der Partei beteiligt werden sollten. Der dem Parteitag heute schon Genosse Luard in Nummer 49 der „Neuen Zeit“ vom 8. September 1913 auf dem Nationalrat der französischen Sozialdemokratie hingewiesen und über die Frage der Einsetzung eines Parteiaussschusses unter anderem bemerkt, dieser habe dafür zu sorgen, daß der Parteivorstand stets in enger persönlicher Fühlung mit den Genossen der verschiedenen Teile des Reiches steht, deren Ansichten und Wünsche, deren Wünsche und Stimmungen erfährt. Die Arbeit der Kommission war denn auch durchaus der Meinung, daß die Einführung einer solchen für die Partei neuen Institution, um mit Rücksicht zu reden, wohl geeignet sei, Aktionen des Vorstandes zu fördern, wenn es sich um Beschlüsse von weittragender Natur handelt, die nur dann erfolgreich verwirklicht werden können, wenn die ganze Masse der Parteigenossen mit voller Kraft hinter ihnen steht.

Als der Parteivorstand die Einsetzung eines Partei-Ausschusses vorschlug, war er ganz und gar nicht der Meinung Ledebours, daß damit nichts Wesentliches geändert würde. Der Parteivorstand erleidet vielmehr, wenn der Entwurf der Kommission Parteigesetz werden sollte, eine wesentliche Einschränkung seiner bisherigen Rechte. Der Parteivorstand betrat trotzdem diese neue Bahn, weil er glaubte, daß bei der großartigen Entwicklung, die die sozialdemokratischen Organisationen in den letzten 20 Jahren im ganzen Reich genommen haben, durch die Schaffung einer besseren organisatorischen Fühlung mit den Genossen der einzelnen Landesstellen die Schlagkraft der proletarischen Armee gerade in politisch bewegten Zeiten stark erhöht wird.

In der Heranziehung der führenden Genossen aus dem Reich kann bei der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Zustände eine bedeutende Konzeption an das föderalistische Prinzip nicht erblid werden. Wir können uns über die Verhältnisse unter denen und gegen die wir in der besonderen deutschen Wirtchaft zu kämpfen haben, nicht hinwegsetzen. Wir brauchen das um so weniger, als die französische Sozialdemokratie in dem Einheitsstaate Frankreich mit ihrem von den Organisationen der Departements gewählten Nationalrat sehr gut gefahren ist. Das auch bei uns die Genossen der einzelnen Landesstellen die Kandidaten zum Parteiaussschuß vorschlagen müssen, liegt in der Natur der Sache, denn die Parteiaussschüsse müssen wirklich das Vertrauen der Wähler ihrer Wahlkörper haben.

Gegen den Parteiaussschuß wurde geltend gemacht, daß er die Initiative des Parteivorstandes lähmen könne, weil der Parteivorstand mit einer notwendigen Entscheidung zurückhalten kann, bis der Parteiaussschuß zustimmte. Dieser Einwand ist hinfällig. Seitens der Parteileitung können auf telegraphischem Wege die Mitglieder des Parteiaussschusses über Nacht aus allen Teilen des Reiches nach Berlin berufen werden und der Parteivorstand zögert sich berechnete Vorwürfe zu, wenn er in einer brennenden Frage die Einberufung des Parteiaussschusses nicht auf schnellstem Wege veranlassen würde. Schäden für eine Entscheidung von schwerwiegender Bedeutung aber nur Stunden zur Verfügung, so bediente der Parteivorstand, der nicht sofort handelt, nicht auf der Stelle zu stehen, auf die ihm das Vertrauen der Partei beruht. Der Parteivorstand hat ferner in der Kommission bereits erklärt, daß er die neue Institution nicht als eine Organisation zur Abwälzung der eigenen Verantwortung betrachte. In Streitfällen wird man nach wie vor in erster Linie den Parteivorstand zur Verantwortung ziehen.

Nun noch einige Bemerkungen über den Vorschlag der Zustimmung 7 bis 9 Beisitzer und über die Stellung der Kommission. Dem früheren Vorschlag wurde in der Kommission und nicht nur von süddeutscher und revisionistischer Seite lebhaft widersprochen. Wenn die 7 bis 9 Beisitzer an allen Vorstandssitzungen teilnehmen sollen, so können sie nur aus Berlin und seiner nächsten Umgebung genommen werden. Es kann

nicht im Interesse der Berliner liegen, so weitgehende Vorrechte zu verlangen, nachdem die Partei, ganz mit Recht, seit langem schon Berlin eine Ausnahmestellung eingeräumt hat, insofern die Groß-Berliner Parteiorganisation das Recht hat, zwei Beisitzer vorzuschlagen. Damit ist die Ausnahmestellung der Berliner Organisation genügend anerkannt.

Für die Abschaffung der Kontrollkommission, die von einigen Seiten verlangt wurde, war die Kommission nicht. Bei den wachsenden Aufgaben der Partei ist die Existenz einer Kontrollkommission eine Notwendigkeit. Den Partei-Ausschuß kann man ebenso wenig mit den Aufgaben der Kontrollkommission betrauen, wie diese mit den politischen Aufgaben, die der Entwurf dem Parteiaussschuß zuweist. Die Kontrollkommission ist nach dem Entwurf nicht nur Berechnungskammer, sondern auch Beschwerdeinstanz gegen den Parteivorstand (§ 17 und 19 des Organisationsstatuts.)

An der Debatte über die Beschränkung der Rechte der Redaktionen, soweit ihre Teilnahme am Parteitag in Frage kommt, wurde unter anderem vorgeschlagen, der ganzen Fraktion die Teilnahme zu gestatten, aber ihr das Stimmrecht zu nehmen. Dann sollte aber auch den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Kontrollkommission das Stimmrecht genommen werden. Das Letztere ist für eine demokratische Partei unannehmbar. Die Partei muß wissen, wie die Genossen, die sie als Parteivorstand und Kontrollkommission an die Spitze der Partei berufen hat, zu den die Partei bewegenden Streitfragen stehen und deshalb muß sie verlangen, daß die Führer der Partei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, auf dem Parteitag zu stimmen. An der Spitze der sozialdemokratischen Partei sollen keine Genossen stehen, von denen man, wie von dem schwedischen Obersten Bronzel im Schillers „Wallenstein“ sagen kann: „Sie haben bloß ein Amt und keine Meinung!“

### Arbeiterbewegung.

#### Der Segen der Wohlfahrts-Einrichtungen.

Wie die von bürgerlicher Seite so über den Schellenkönig gelobten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ bei Lohnbewegungen und Streiks den Arbeiter auf Gnade und Ungnade dem Unternehmer ausliefern, beweist ein anlässlich des Streiks der Textilarbeiter der Mecklenburger Baumwollenspinnerei und Weberei in Augsburg zugegangener Fall. Ein Arbeiter, Vater von sieben kleinen Kindern, und seit zweieinhalb Jahren Mitglied des dort bestehenden gelben Arbeitervereins hatte sich, wie auch zahlreiche andere gelbe Mitglieder, den Streitenden angeschlossen. Dem Manne wurde nicht nur sofort die Wohnung gekündigt — er wohnte in einer der vielen von der Fabrik zur Verfügung gestellten Arbeiterwohnhäuser — sondern der gelbe Konsumverein verweigerte ihm auch den Kredit, obwohl er am letzten Zahltag seinen ganzen Lohn vortragte, um die anfallenden Schulden restlos zu begleichen. Der Mann wurde also, weil er seinen Mitarbeitern nicht in den Rücken fallen wollte, nicht bloß obdachlos gemacht, sondern er sollte auch mit seiner Familie dem Hunger ausgeliefert werden!

So wirken die Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in der Praxis, sie sind Sklavenketten, um den Arbeiter wehrlos und dem Unternehmer für alle Zeiten gefügig zu machen.

Der Streik im genannten Betriebe ist übrigens beendet, nachdem sich denselben auch die in dem gleichen Werke beschäftigten Spinner angeschlossen hatten. Die Direktion sah sich daraufhin veranlaßt, Zugeständnisse zu machen, so daß die Arbeit von den Ausständigen einmütig wieder aufgenommen wurde. Die vor Ausbruch des Streiks nur zu einem kleinen Prozentsatz organisiert gewesenen Arbeiter sind fast ausnahmslos der Organisation beigetreten.

#### Ein Aufruf des Streikkomitees der Londoner Dockarbeiter.

Ein Aufruf des Streikkomitees empfiehlt die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Es heißt in dem Aufruf, die Wiederaufnahme der Arbeit sei einer Erniedrigung vorzuziehen, die sonst unvermeidlich wäre, umso mehr, als die Streitenden alle verschönten Mittel verlust haben, um eine Freilegung des Ausstandes herbeizuführen. Das Manifest sagt ferner, alle Abkommen, welche vor dem Konflikt vereinbart worden sind, werden beibehalten. Den Arbeitgebern wird vorgeworfen, sich ohne Mitleid der kapitalistischen Waffe, nämlich des Hungers, bedient zu haben, um die Arbeiterschaft zu überwältigen. Es wird dann auf den Perzeismus der Arbeiter während des Kampfes hingewiesen. Der Aufruf erhebt schließlich Einspruch gegen übertriebene Forderungen der Arbeiter. Er beglückwünscht ferner die Arbeiter, daß sie mit so großem Mut für die individualistische Sache gekämpft haben. Die Weigerung der Arbeitgeber, den Konflikt beizulegen, habe den Beweis erbracht, daß man überhaupt sämtliche Syndikate bekämpfen will und nicht nur ausschließlich den Verband der Transportarbeiter.

Die Leipziger Fassadenputzer haben durch einen kurzen Streik die achtstündige Arbeitszeit errungen, sowie einen Minimallohn von 90 Pf. die Stunde, der sich am 1. Juli 1913 auf 95 erhöht. Der Minimallohn für Hilfsarbeiter beträgt 70 Pf., vom 1. Juli 1913 ab 75 Pf. Die Errungenschaften sind durch Tarif festgelegt.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Juli.

#### Auch eine Sachbeschädigung.

Bisher wurden die „Terroristen“ nur wegen Nötigung, Bedrohung, Verleumdung der lieben Arbeitswilligen verurteilt. In der letzten Zeit war es oftmals der große Unfug-Paragraf, der zu Verurteilungen streifender Arbeiter herhalten mußte. Am Sonntagabend wurde ein Streikposten von der dritten Ferienstrafkammer wegen „Sachbeschädigung“ zu 42 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Arbeitswillige Julius Kahl war für die Speditionsfirma F. A. Franke in Breslau am 25. März 1912 während des Streiks der Transportarbeiter mit dem Ausladen von Waren am Wärtischen Bahnhof beschäftigt. Dort fand er am Ausstand beteiligte Arbeiter Hermann Wiede Streikposten. Kahl will nun bemerkt haben, wie sich Wiede auffällig an dem einen Hinterrad seines Fuhrwerks zu schaffen machte. Als Kahl später nachhause kam, fand er die Mutter des Kindes herausgeschraubt und den Splint am Boden liegend. Kahl war der Meinung, Wiede habe ihm einen Schabernack spielen wollen, und so ging er hin — zur Polizei nämlich — und machte eine Anzeige. Die Polizei schickte dem Auslöser Wiede einen Strafbescheid ins Haus, der gleich auf zwei Wochen Haft wegen groben Unfuges lautete. Das Schöffengericht befähigte die ungewöhnlich hohe Strafe, obwohl der Unfugparagraf in allererster Reihe Geldstrafe und nicht Haftstrafe vorseht.

Die dritte Ferienstrafkammer beschäftigte sich nun mit der vom Angeklagten eingeleiteten Berufung. Rechtsanwalt Doktor Ehlensburg machte geltend, wenn auch Kahl den Angeklagten an seinem Wagen stehen sah, so ist doch damit noch gar nichts bewiesen. Eine bloße Mutmaßung, die übrigens noch zweifelhaft ist, kann doch unmöglich als fester Schuldbeweis dienen. Aus tatsächlichen Gründen also, mangels ausreichenden Beweises, sei der Angeklagte freizusprechen. Aber selbst, wenn man annimmt, er habe die Mutter losgebremst, so stelle sich seine Tat keineswegs als grober Unfug dar. Unsere bedeutendsten Strafgesetzkreuzer stehen auf dem Standpunkt, daß wegen groben Unfuges nur befristet werden kann, wer die öffentlichen Interessen, die öffentliche Ordnung dadurch verletzt, daß er das Publikum im Gegensatz zu einzelnen Personen — gefährdet oder

ungehörlich belästigt. Dieser Tatbestand ist hier nicht gegeben. Das Abschrauben der Mutter kann sich doch — sofern man es als erwiesen annimmt — nur gegen den Arbeitswilligen, also gegen einen Einzelnen, und nicht gegen das Publikum, gerichtet haben. Das Berufungsgericht hob das erste Urteil auf und verurteilte den Angeklagten wegen Sachbeschädigung zu 42 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis. Der hierzu erforderliche Strafaufruf befand sich bei den Akten.

Wie das Gericht zu einer Verurteilung wegen Sachbeschädigung kommen konnte, ist uns nicht verständlich. Zunächst muß man sich fragen: Was hat der Angeklagte beschädigt? Nimm man als erwiesen an, daß er die Mutter abgeschraubt hat, so bleibt doch immer noch die Frage offen: Worin liegt hier die Sachbeschädigung? Das Gesetz sagt klar und deutlich im § 303 Str.-G.-B. was Sachbeschädigung ist. Es heißt dort: „Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft.“ Wenn man die Schraubfeder aus dem Federhalter zieht, ist beschädigt der Federhalter schon zerstört oder beschädigt? Gewiß nicht, denn Feder und Federhalter sind nicht getrennt von einander getrennt worden. Wenn so verhält es sich, wenn man eine Mutter von einem Rade abschraubt, weil dadurch weder das Rad noch die Mutter eine Beschädigung erleidet. Man stellt, der gesunde Menschenverstand reicht nicht aus, um manche Urteile zu verstehen.

#### Ueber die Oberschiffahrt

Bericht der hiesige Schiffsverkehrsverein: „Mühten wir am vergangenen Sonntagabend den vollständigsten Stillstand auf der Oder oberhalb Breslaus feststellen, so traf andererseits auch unsere Befürchtung, daß der Verkehr auch auf der mittleren Oder unterhalb Breslaus zum Stillstand kommen würde, bereits Sonntag zu. Die geringen Niederschläge, welche bis dahin den äußerst knappen Wasserstand wenigstens zeitlich schärfen erhellten, hatten ja bereits seit 8-14 Tagen vollständig ausgeblüht. Die Nebenflüsse der Oder hatten also nichts zur Erhaltung des Wasserstandes beigetragen. Die Folge war, daß auch die ganz leicht besetzten Schlepplage und Lastfahrzeuge auch an den Stellen vollständig zum Stillstand kamen. Die Schiffsahrt schon bei niedrigem Wasserstande als Untiefe kennt, und wie sie auch schon hinsichtlich der Befahrung Rücksicht nimmt. Unmittelbar hinter Maffelwitz, bei Maffel, bei Weinsberg, ferner bei Wilkau, in der Nähe von Blozin, sammelten sich die Schlepplage, sowie die zu Tal fahrenden Mähne in großer Menge an, alles verstopfend und somit den Verkehr vollständig lahm legend.“

Da endlich wurde am 23. aus dem Quellgebiet der ober Oder Gemillterregen und Wachsmasser gemeldet, welches am 24. bis auf circa 5 Meter stieg, aber ebenso schnell wieder abfiel, sodaß gestern in Ratibor nur noch 212 Zentimeter gemessen wurden, heute ist allerdings wieder eine geringe Steigerung auf 272 Zentimeter gemeldet. Auch das Gebiet der Wägener Netze hatte Regen, und auch dieser Fluß wies daher eine, wenn auch nur bescheidene Steigerung auf. Der Breslauer Unterpegel, welcher am 20. auf 242 Zentimeter unter Null stand, erhöhte sich am Donnerstag auf 98 Zentimeter unter Null, der abstrige Stand war 2 Zentimeter unter Null, der heutige beträgt 18 Zentimeter unter Null. Die Hochwasserlinie ist also sehr kurz und schräg, weil sie ein vollständig leeres Oberbett vorfindet, nur langsam vorwärts. Die schlimmen Verhältnisse im mittleren Laufe sind also heute kaum weniger als bis Neufahr etwas aufgehoben, nachhingen im unteren Laufe der Oder sich noch weiterer Wasserabfall tätigt, der auf der Strecke von Frankfurt nach Stettin den Verkehr unendlich stark behindert, wenn nicht zum Teil ganz still liegt. Im Frankfurter Gebiet, in unmittelbarer Nähe des Ortes Nebus, bei Kilometer 589, befindet sich über die dort sehr breite Oder eine Untiefe, welche noch gestern keine 90 Zentimeter Wasser zeigte. Eine gleiche Sinterung liegt nur 9-10 Kilometer hieron entfernt vor. Hier zeigen sich Untiefen über die ganze Oder von 80 bis 90 Zentimeter. Auch das sonst nie von niedrigem Wasserstand heimgesuchte Küstriner Gebiet gestaltet Mähnen von 1-1,10 Meter Tauchtiefe nicht mehr die Wasserstraße zu benutzen, denn bei der Küstriner Mähne befindet sich eine Untiefe, welche kaum 90 Zentimeter aufweist. Selbst bei Niederschlägen, kurz unterhalb des neuen Durchlasses, der Schwedts umgeben und bei Nipperwiese ausmündend soll, vielleicht gerade deswegen, ist eine schlechte Stelle vorhanden, wo es nicht mit 90 Zentimeter schimmert.

Wir hoffen, daß bei der in Aussicht stehenden Eröffnung des Groß-Schiffahrtsweges Berlin — Stettin — die hohe Behörde es anlegen lassen wird, die Oberschiffahrt nicht hier an diesen Stellen lahm zu legen und daß die Strecke von Fürstberg abwärts bis Stettin zum mindesten in den Zustand wiederhergestellt wird, den sie früher aufwies, und der nötig ist, die Konkurrenzfähigkeit Schlesiens dem neuen Groß-Schiffahrtswege gegenüber von vornherein aufrecht zu erhalten. Daß die Wiederaufnahme des Betriebes nach der so gelagerten Rahmlegung mit großen Unbequemlichkeiten und Störungen verknüpft ist, ist leider Tatsache, und so ist naturgemäß an den Schleusen des oberen Nebiers mächtiger und unbehaglicher Schleusen zu verzeichnen, der Zeit und somit Geld kostet. Die Frachtlage zu Tal hat sich nur unwesentlich geändert. Wohl geben die Kohlenfrachten ab Breslau etwas nach, während die Kohlenfrachten ab Cosel sich halten. Ähnlich liegt die Situation im Talfrachtenmarkt für Güter. Auch die Frachten zu Berg haben keine größeren Unterliebe aufzuweisen, nur die Säge ab Samburg gingen auf Fall der Untiefe (Kahmieten) etwas zurück. Der Wasserstand der Elbe ist im Unterlaufe unbefriedigend, derjenige der Havel läßt alles zu wünschen übrig.“

#### Die Presse und die Gemeinde-Verwaltung.

Sehr beachtenswerte Ausführungen machte der neue Oberbürgermeister Dr. Scholz in Kassel bei der Einführung in sein Amt; er sagte u. a.: Es müsse als oberstes Gesetz völliges und rückfallloses Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung herrschen. Die Behandlung des Publikums durch die Beamten müsse stets eine solche sein, daß die Bürger gern und freudig sich an die indirekt von ihnen selbst eingeführte Verwaltung wenden. Auch die dauernde persönliche Fühlung der städtischen Beamten mit der Bürgerschaft halte er für besonders wesentlich. Ferner möchte ich, so fuhr der Herr Bürgermeister fort, auch hier die Mithilfe der Presse erbitten, die im kommunalen Leben eine außerordentlich wichtige Rolle spielt und die gewissermaßen die Fäden in der Hand hat, die sich täglich zwischen der Stadtverwaltung und dem Publikum spinnen. Die Herren Vertreter der Presse werden bei mir stets eine offene Tür finden, und ich hoffe, daß sie sich auch ferner stets gern in den Dienst der Dienst der gemeinsamen guten Sache stellen werden.

Das sind Ansichten, die es verdienen, von gar vielen städtischen Beamten und manchem Stabsoberhaupt beachtet zu werden.

\* Bernau als Theaterdirektor. Direktor Alfred Bernau, das frühere Mitglied unserer Vereinigten Theater, der jetzt nach einem Gastspiel im Schauspielhaus Breslau und mit dem Naturtheater bekannt machen will, hat außerdem noch die Direktion eines zweiten Theaters in Köln mit übernommen. Das dortige Metropoltheater, das vor der Frage stand, der Kino-Industrie geopfert zu werden, soll künftig unter Alfred Bernaus Leitung ein vornehmes Volkstheater werden.